

tendenz
radikaldemokratisches Jugendmagazin

Doitschland kommt!





ZEITUNG DER JUNGDEMO

Nummer 1 - Januar-März 1989

Postvertriebsstück Z 7408

November/Dez

ZEITUNG DER JUNGDEMO

1,- DM

Nummer 2 - Dezember 1989

Postvertriebsstück Z 7408 F

Postvertrieb

ZEITUNG DER JUNGDEMOKRATEN

Nummer 3, Mai/Juni 1987

Postvertriebsstück

Nummer 2/3, Mai/Juni 1988

Postvertriebsstück

tendenz

... JUNGDEMOKRATEN ... lichen und friedensliebenden DJD - Verbandsfrakti ... ischen Bußgeldbescheid (1987) ... heinen und Ottokrafitti (1988)

Herr Keuner und die Zeitschriften

Herr Keuner begegnete Herrn Wurr, dem Kämpfer gegen die Zeitungen. "Ich bin ein großer Gegner der Zeitungen", sagte Herr Wurr, "ich will keine Zeitungen!" Herr Keuner sagte. "Ich bin ein größerer Gegner der Zeitungen: ich will andere Zeitungen." "Schreiben Sie mir auf einen Zettel", sagte Herr Keuner zu Herrn Wurr, "was sie verlangen, damit Zeitungen erscheinen können ... und wenn wir eine Ameise finden, die den Zettel billigt, so wollen wir gleich anfangen. Die Ameise wird uns mehr helfen, die Zeitungen zu verbessern, als ein allgemeines Geschrei über die Unverbesserlichkeit der Zeitungen. Eher nämlich wird ein Gebirge durch eine Ameise beseitigt als durch das Gerücht, es sei nicht zu beseitigen".

Bert Brecht

ZEITUNG DER JUNGDEMOKRATEN

Seit dem Erscheinen der letzten tendenz sind wieder etliche Monate ins Land gegangen und in der Redaktion hat sich - mal wieder - so ziemlich alles geändert.

Da der Verantwortliche für tendenz im JungdemokratInnen-Bundesvorstand leider im ersten halben Jahr keine tendenz zustande bekommen hat, war die Postzeitungsnummer von tendenz seit Mitte Mai extrem gefährdet. Diese ist von der regelmäßigen Erscheinungsweise abhängig und erlaubt uns den Postversand für einen Bruchteil der normalen Gebühren, ohne den tendenz für den Bundesverband nicht finanzierbar wäre. Wir mußten deshalb nach der ersten Buwo-Sitzung in neuer Konstellation so schnell wie möglich eine Ausgabe rausbringen, weil die Post eine letzte Frist zum 31. Juli gesetzt hat.

So standen wir vor dem Problem, in 14 Tagen eine Ausgabe erstellen zu müssen, sonst waren für die Erstellung einer tendenz immer mindestens 6 Wochen nötig. Diese Zeitnot sollte die/der gewogene LeserIn bei der Beurteilung der vorliegenden Seiten bedenken. Auch viele Überlegungen zur Erneuerung von tendenz konnten in dieser Ausgabe noch nicht umgesetzt werden.

An diesem Punkt seid Ihr, die LeserInnen dieser Zeitschrift, angesprochen. Nur Ihr könnt tendenz zu einem wirklichen Organ radikal-demokratischer Jugendpolitik machen, indem Ihr Euch tendenz zu eigen macht. Wir hoffen für die nächste Ausgabe auf Eure aktive Unterstützung und Eure Beiträge über die Arbeit Eurer Landes-, Kreis- und Ortsverbände, in Initiativen etc..

Ansonsten: Haltet Euch wacker!

Die Redaktion

Impressum

TENDENZ ist die Zeitschrift der Jungdemokraten und der Radikaldemokratischen Studentengruppen. *** Herausgeber sind der Bundesverband und die Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz der Jungdemokraten/JungdemokratInnen sowie die Radikaldemokratischen Studentengruppen (RSG). *** TENDENZ ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Jungen Presse Nordrhein-Westfalen (AGJPNW). *** Redaktion dieser Ausgabe: Pascal Becker (Gestal), Patrick Dorges, Juliane Hilbricht, Herbert Nieswandt (V.i.S.d.P.), Udo Schölkens. *** Verlage- und Redaktionsanschrift: Deutsche Jungdemokraten, Bundesverband, Liberaler Jugendverband e.V., Reuterstr.44, 5300 Bonn, Tel.: (0228) 210952 *** Es gilt die Anzeigenpreisliste von August 1989 *** Druck: tiemat, Düsseldorf *** Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder. *** Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Herausgeber mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt

Das war das Spektakel der JungdemokratInnen NRW	Seite 4	Einleitung.	Seite 15
Antiklerikales auf dem Spektakel	Seite 5	U. Kollenbach: Her mit Meißel und Staubtuch	Seite 16
Lysistrata-II. Schülerinnenkongreß in Niedersachsen war ein Erfolg	..Seite 6	M. Büchting: Die Demokratiefrage ist entscheidend	Seite 16
Interview mit Jochen Heilmann von der BUND-Jugend..	Seite 7	Buchbesprechung: Vereine gründen und erfolgreich führen	Seite 17
RAF und Hafensstraße	Seite 9	Bericht von der ersten Sitzung der "Grün-alternativen Jugendkoordination"	Seite 18
Erste Thesen zur gegenwärtigen hochschulpolitischen Entwicklung in der DDR	Seite 10	Kinige kritische Anmerkungen zu Dagnars Artikel	Seite 20
Abtreibungstreit: Peinlichkeiten der deutsch-deutschen Vereinigung	Seite 11	Verbandsgeschichte Die Spaltung der Jungdemokraten 1930	Seite 21
Ankündigung: Schülerinnenkongreß der JD NRW	Seite 13	Die VDS vor dem Ende	Seite 23
Militär abschaffen !	Seite 14	Comicbörse Corteggiani/Tranchard: Bastos & Zakuskys	Seite 24
Pro & Contra: Verband oder Assoziation - JungdemokratInnen vor der Zereißprobe		Metropolis Termine, Adressen, Infos	Seite 25

War das ein Spektakel

Jugendpolitisches Festival der JungdemokratInnen NRW in Essen

Am ersten Malwochende war es dann endlich soweit: Nach vielen Vorbereitungstreffen stieg das Spektakel in der Zeche Carl in Essen. Zweihundert Jugendliche aus ganz NRW waren hier zusammengekommen um gemeinsam zu diskutieren, Aktionen zu planen und dann auch gemeinsam durchzuführen - und natürlich auch viel Spaß zu haben! Und nicht einmal die massiven Anstrengungen (pseudo)kirchlicher Elemente, die Flugblätter verteilten, daß das Spektakel Sünde sei, hielt uns davon ab.

"Gib dem Kleinen einen Schnuller!"

Am Freitag abend begann das Spektakel mit einer Talk-Show, in der unsere eigenen Promis und nicht Altcracks aus ihrem politischen Alltag erzählten. Dabei wurde deutlich, daß wir in der unterschiedlichsten Weise politisch aktiv sind - unser politisches Engagement meistens aber nicht gerne gesehen wird. Sei es der grüne Einzelkämpfer im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, der zu hören bekam "Nun gebt dem Kleinen doch 'nen Schnuller!" oder die jüngste Stadträtin aus NRW, die von ihren Kollegen nicht ernst genommen wird oder sei es der Schüler, der wegen einer kritischen SchülerInnenzeitung von der Schule fliegen sollte. Oft liegen diese Vorurteile daran, daß Erwachsene sich nicht mit unserer politischen Arbeit auseinandersetzen, sondern sie von vorneherein als "Kinderkram" oder "Randale" abtun.

Das bestätigen auch die Erfahrungen einer Frau aus der BundesschülerInnenvertretung und die eines Menschen Herne, der dort antifaschistisches Streetworking macht, bei dem es halt ab und zu zu handgreiflichen

Auseinandersetzungen mit Faschos kommt.

Am Samstag stiegen dann die Arbeitskreise. Bei strahlendem Sonnenschein diskutierten wir die verschiedensten Themen - und daß uns dabei heiß wurde lag sicher nicht nur am Wetter!

Ich will so bleiben wie ich bin!

Im Arbeitskreis über das Frauenbild in unserer Gesellschaft diskutierten wir nicht nur darüber, wie Frauen heute aussehen müssen, was sie leisten sollen und wie zu sein haben, sondern auch ausführlich darüber, daß Gewalt gegen Frauen Frauenalltag ist und viele Gesichter hat. In dutzenden "Frauenzeitschriften" wie ... (ach 'ne Antiwerbung ist ja verboten, aber Ausnahmen gibt's in diesem Bereich ja nicht) fanden wir genügend Hinweise, was Frauen heute zu tun und zu lassen haben. Der Mann ist König?

Das fanden wir - egal ob weiblich oder männlich (ja es haben auch viele Männer teilgenommen) - gar nicht, sondern überlegten stattdessen, was man denn in Situationen,

in denen Frauen belästigt oder bedroht werden tun kann und wie frau sich wehren kann. So zogen wir dann mit einem Transparent mit dem Motto "Ich will so bleiben wie ich bin!" in das Altenessener Einkaufszentrum, verteilten Flugblätter und befragten Frauen darüber, was sie eigentlich von diesen Zeitschriften halten. Danach fragten wir uns vergeblich, warum die Auflagen dieser Blätter so hoch sind. Zu Auseinandersetzungen kam es bei dieser Aktion mit den Wachmännern des Einkaufszentrums, die auch gleich die Polizei alarmierten. Von der haben wir dann aber gar nichts mehr gesehen. Ob das daran lag, daß die Managerin des Ladens eine Frau war???

Legalize it!

Die widersprüchliche Drogenpolitik der Regierenden, die nur das als Drogen bezeichnet, was sie verbietet, macht es Neulingen nicht gerade leicht einen Einstieg in das Thema zu finden. Deshalb begannen wir im Arbeitskreis mit einem Referat einer Mitarbeiterin der Drogenberatungsstelle in Essen, was besonders interessant war, weil auch in

Essen das Methadonprogramm der Landesregierung läuft. Einig waren wir uns darüber, daß Knast niemand vom Drogenkonsum abhält. Aufklärung darüber, was Drogen sind und wie sie wirken tut Not! Gedacht - getan! Also zogen wir in die Essener Innenstadt, wo wir erst einmal ein gemütliches Smoke-in veranstalteten. Und um entsetzte SpießbürgerInnen noch etwas mehr zu entsetzen hatten wir auch eine kleine Ausstellung mit, die deutlich machte, welche Drogen heute alltäglich konsumiert werden - ohne das die KonsumentInnen sich ihres Drogenkonsums bewußt sind. Koffein, Alkohol, Nikotin sind eben genauso Drogen wie Lebertran und Schokolade. Die Reaktion der EssenerInnen auf diese Aktion war zum großen Teil positiv - ein weiterer Grund dafür, die aktuelle Drogenpolitik zu überdenken!

Lesbisch oder schwul - na und??

Sexualität ist doch Schweinkram! Und wenn schon Schweinkram machen, dann doch zumindestens so wie die übergroße Mehrheit - und das heißt auf jeden Fall heterosexuell sein. Denn schließlich ist Homosexualität eine Sünde - so steht's jedenfalls angeblich in dem dicken Buch. Vorurteile gegen Homosexuelle gibt's auf jeden Fall 'ne ganze Menge. Und darüber diskutierten wir Arbeitskreis Sexualität, nachdem wir gemeinsam den Erfahrungsbericht über das Coming-Out eines Schwulen gelesen hatten. In der Essener Innenstadt, versuchten wir dann mit anderen Menschen über dieses Thema zu diskutieren. Zum einen befragten wir Leute darüber, wie sie sich denn gefühlt hätten, als sie merkten, daß sie heterosexuell waren. Die Reaktion der Leute war zum Teil erstaunlich, was wohl auch daran lag, daß sie den Begriff "heterosexuell" nicht verstanden und sofort abtritten es zu sein. Auch provozierende Aktionen, in denen



dann durch lautes Beschimpfen eines schwulen Pärchens, die Umstehenden zu Stellungnahmen angeregt werden sollten, trafen eher auf Schweigen. Sex ist halt tabu! Interessant war, daß Lesben schlicht übersehen wurden. Erst eindeutige Szenen, brachten die Umstehenden auf - dann allerdings richtig. Und ein Mann versuchte sich ganz um eine Diskussion zu drücken: "Ich möchte jetzt mit meiner Tochter spielen." war sein Kommentar...

Noch mehr Vorurteile

Mit Vorurteilen beschäftigten wir uns auch im Arbeitskreis Antifaschismus - mit Vorurteilen gegenüber AusländerInnen nämlich. Nach einer längeren Diskussion darüber entschlossen wir uns, anhand dieser Vorurteile den Widerspruch zwischen Demokratie und Faschismus deutlich zu machen. Mit Sandwiches und Flugblättern "bewaffnet" bauten wir uns vor einem Stand der ÖDP auf und demonstrierten wie Vorurteile Demokratie aushöhlen und dadurch ein Nährboden für Faschismus geschaffen wird. Dies führte natürlich zu Wortgefechten mit der ÖDP und den umstehenden BürgerInnen. Insbesondere ausländische MitbürgerInnen machten deutlich, daß diese Vorurteile heute verbreiteter sind als viele meinen. Hier gibt's noch viel zu tun!

"Hau wech den Scheiß!"

Unter diesem Motto hätte der Arbeitskreis Ökologie stehen können.

Mit Transparenten gegen (Gift)müllverbrennung und für Müllvermeidung, suchten wir eine Müllverbrennungsanlage in Essen heim. Dort wurde uns allerdings der Zutritt verwehrt - wundert's jemanden? So mußten wir uns dann vor der Mülldeponie betätigen. Hinter unseren Transparenten für Müllvermeidung und für öffentlichen Nahverkehr staute sich der Verkehr zur und von der Mülldeponie. Auf unsere Bitten, doch kurzzeitig mal den Motor abzustellen, reagierten die meisten AutofahrerInnen sehr ungehalten. Flüche und quietschende Reifen waren häufiger als Verständnis für ökologisches Engagement. Erstaunlich, daß die Polizei da toleranter war und uns bloß bat, die Straße nicht völlig zu blockieren. Zum Abschluß gab's dann noch eine

gemeinsame Aktion mit der BUND-Jugend vor einer DEA-Tankstelle. DEA, eine Tochter des RWE, ist ein Zusammenschluß von Texako und Union Kraftstoff und bohrt trotz der Proteste der Ökologiebewegung munter weiter im Wattenmeer nach Öl - Grund genug, um DEA zu boykottieren!

Viel Spaß gab's dann abends mit dem UFA-Zirkus, einer Attraktion, die wir durch die Zusammenarbeit mit den Essener GRÜNEN ergattern konnten, die am gleichen Wochenende in der Zeche Carl eine Veranstaltung machten. Er eine richtige Alternative zu den üblichen Fetten oder Kulturprogrammen war, da das Publikum nicht konsumieren mußte, sondern mitmachen durfte. Und nach den heißen Samba-Rhythmen endete die Nacht für viele noch lange nicht.

Der Gang nach Canossa...

... fand dann am Sonntag statt, wo sich dann diejenigen unter uns, die immer noch aktionslustig waren zum Kirchgang aufmachten. Mit Schildern wie "Ich habe abgetrieben" oder "Ich bin schwul" gingen wir "reutig" zur Kirche. Und weil wir ja den normalen Kirchbetrieb nicht stören wollten, nahmen wir auch noch unsere eigenen SeelsorgerInnen mit: einen Papst, einen Bischof, eine Nonne und einen Mönch, sowie ein Holzkreuz, damit wir auch ordentlich zu Kreuze kriechen konnten. Dies brachte allerdings 'ne Menge Wirbel mit sich. Auch wenn eine Reihe EssenerInnen eine vernünftige Portion Humor hatten, schlugen doch einige Leute Krawall. Und als dann die Polizei anrückte, hatte diese auch wenig Verständnis dafür, daß hier junge Menschen ihre "Sünden" bekannten, sondern nahm einige von uns mit. (Behalten hat sie allerdings niemanden!) Verwundert es noch, daß auch der Pastor der betroffenen Kirche, uns nicht wie sich selbst liebte, sondern meinte dies sei Gotteslästerung und Anzeige (§166) erhob? Erinnert mensch sich noch an die viel gepriesene Meinungsfreiheit im Falle Ruschdi, dann ist mensch jetzt ganz verwirrt und lebt fortan nach dem Grundsatz: "Verberge deine Sünden und die Welt ist in Ordnung!" - oder nicht oder was???

Dieser unheilige Trubel führte auf je-

Mit Polizisten auf Spatzen schiessen - eine etwas andere Form der Christenverfolgung

TeilnehmerInnen des diesjährigen SPEKTAKELs der NRW-JugendmokratInnen lernen gerade eine etwas andere Form der Christinnenverfolgung kennen, diejenige, die schon seit Jahrhunderten die wahre Form der Christenverfolgung ist. Sie werden von der Staatsmacht verfolgt, weil sie von Ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machten. Doch der Reihe nach: Spontan entschlossen sich etwa 30 TeilnehmerInnen des SPEKTAKEL, am heiligen Sonntagmorgen mittels einer Spontandemonstration vor einer Kirche gegen die mittelalterlichen Moratvorstellungen des Klerus in Sachen Verhütung und Sexualität vorzugehen. Gesagt getan. Fix wurden ein paar Plakate gemacht, auf denen Teilnehmende mitteilten, daß die Erde ihres Erachtens keine Scheibe sei, sie schwul seien und das gut fänden, ihres Nachbarn Weib begehrt hätten und das gut gewesen sei u.v.a.m. Zusammen mit ein paar in Karnevalskostümen ausgestaffierten "kirchlichen" RitenmeisterIn und zwei zusammengezimmereten Brettern, an die sie Kondome genagelt hatten, zogen sie dann endlich los, gen Essener FußgängerInnenzone. Dort wurden ein paar witzige Reden geschwungen, etwas Eßpapier an niederknieselnde SünderInnen verteilt und etwas getätigt, was wohl in anderen Zusammenhängen als "Absolution" bezeichnet würde. Viele PassantInnen genossen dieses Special der SPEKTAKEL-TeilnehmerInnen, andere fandens eher unspannend und lediglich zwei der die Kirche verlassenden Abergläubigen beschimpften die ihren Riten unter freiem Himmel nachgehenden Jugendlichen. Soweit so lustig. Plötzlich allerdings eskalierte alles etwas. Ein ganz in ein schwarzes Kostüm gekleideter mittelalter Mann, der vorher in der Kirche das große Wort gelassen ausgesprochen hatte, hat Strafanzeige erstattet gegen die Jugendlichen. Die Polizei schritt ein, indem sie möglichst viele PlakatträgerInnen nach ihren Personalien befragte und lieferte sich eine richtig spannende Verfolgungsjagd mit einem in eine braune Kutte gekleideten jungen Mann, der es wohl mit der Panik zu tun bekam und plötzlich losrannte. Hand am Koppel jagten sie hinter ihm her und das ganze Spektakel erinnerte ein wenig an den Wilden Westen, na ja, den "Wilden Westen", den der Berichtstatter aus Groschenromanen eben so kennt. Damit will er die wackeren Essener Ordnungshüter selbstredend nicht als Groschenromanhelden abqualifizieren, nein, die Qualität von Heiden erreichten sie wirklich nicht, als sie hinter dem Jungen hergaloppierten. Der Rest ist schnell erzählt, aktuell ermittelt die Kriminalpolizei gegen diejenigen, deren Personalien sie erfolgreich ergattern konnte. Übrigens nicht nur wg. Gotteslästerung, sondern auch wg. Sachbeschädigung. Wackere Essener BürgerInnen wollen gesehen haben, daß einige TeilnehmerInnen dieses Aufzuges Plakate der Republikaner abgerissen hätten. - Ja, jetzt wissen wir wenigstens, womit die Polizei heute so ihre hochbezahlte Zeit verbringt!...

Udo Schüklenk

den Fall noch zu einigem Chaos. Die Low-Budget-Blues-Band aus Bochum und KGB (Keine Guten Bürger), ein Kabarett aus Monheim, wurden erstaunlich gut damit fertig ständig aus dem Konzept gebracht zu werden. Und bei der Auswertung der Arbeitskreise hatten wir noch viel Spaß - besonders, weil von einigen AK's Videos existierten, die einen richtigen Einblick ermöglichten. In

der Diskussion wurden dann noch Verbesserungen und Tips für eine Wiederholung der einzelnen Aktionen gegeben. Mit der Hoffnung, uns möglichst bald wiederzusehen und vielen Plänen zum weiterspektakeln zu Hause nahmen dann wir fröhlich (und manchmal auch etwas traurig) voneinander Abschied.

Uschi Kollenbach

Kinderarbeit

Peru:

Rosa, Juan und Paco müssen Geld verdienen. Sonst gibt's Prügel statt Essen.

Rosa ist erst zwölf. Aber ihren Lebensunterhalt muß sie sich selbst verdienen. Auf der Straße.

Zum Glück ist sie Kindern von MANTHOC begegnet. MANTHOC ist eine Selbsthilfeorganisation. Nach dem Motto "Kinder helfen Kindern" bieten Heranwachsende ihren alleingelassenen Altersgenossen Lebenshilfe und Geborgenheit. Und ganz konkret auch Unterricht im Lesen und Schreiben.

MANTHOC hat es geschafft, Gleichaltrige zu organisieren und Straßenkindern mehr als nur einen Teller Suppe zu geben.

terre des hommes unterstützt MANTHOC. Unterstützen Sie terre des hommes.

Spenden* bitte unter der Kennzahl 11037 auf unser Konto. Wir halten Sie über unsere Arbeit auf dem laufenden.



terre des hommes

Hilfe für Kinder in Not

Postfach 4126, 4500 Osnabrück

Spendenkonto 700

Bank für Gemeinwirtschaft Osnabrück

* Spenden steuerlich absetzbar

DAS BILD PALÄSTINAS



IM ZUSTAND DER AUFHEBUNG SEINER VERLEUGNUNG

KADIR VAN LOHUIZEN hat Bilder von Palästina entwickelt, die ihrer Genauigkeit wegen internationale Beachtung fanden. Medico International will die komplette Fotoausstellung ab sofort für die BRD zur Verfügung stellen. Das sind 25 metallgerahmte Bilder hinter Glas, die ihres Charakters wegen zur längerfristigen Ausstellung in geeigneten Räumen gedacht sind. Bitte Termine rasch verabreden und Verleihbedingungen erfragen.

INFORMATION kann mit oder ohne Ausstellung bezogen werden: MEDICO REPORT 3: »Medizinische Versorgung & Menschenrechte in Palästina«. Ca. 30 S., 3 DM (Rabatte möglich).

medico

Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1
Telefon 069 / 499 00 41 / 2



2. Schülerinnenkongreß in Niedersachsen

Unter dem Namen 'Lysistrata' fand vom 08.-10. Juni diesen Jahres in Hannover der zweite landesweite Schülerinnenkongreß statt. Er war gedacht als Diskussions- und Aktionsforum unter Ausschluß der Männerwelt.

Nach einer Vorbereitungszeit von etwa 6 Monaten, hauptsächlich getragen von den Jugendorganisationen *JungdemokratInnen* und *Junge Presse Niedersachsen* sowie Teilnehmerinnen des Vorjahreskongresses trafen etwa achtzig Schülerinnen in der Integrierten Gesamtschule Linden zusammen. Während der Vorstellungsrunde wurde deutlich, daß einige Schülerinnen den Kongreß sehr kritisch betrachteten und erfahren wollten, ob solch ein Kongreß als Forum mit politischem Anspruch überhaupt durchführbar sei, aber auch neugierig waren, wie "Emanzen" so sind.

Why?

Auch die Frage nach dem Sinn des Kongresses wurde gestellt: Warum ein Kongreß speziell für Schülerinnen? Der Sinn liegt zum einen darin, daß Schülerinnen und Schüler keine Lobby besitzen und ihnen folglich jegliches Mitbestimmungsrecht abgesprochen wird; zum anderen haben Schülerinnen unter diesen Zuständen besonders zu leiden, da sie zusätzlich von Lehrern und Mitschülern ihres Geschlechtes wegen diskriminiert werden. Ein dritter Grund ist, daß sich die Frauenbewe-

gung zwar mit der Situation der Frauen in der Gesellschaft auseinandersetzt, aber kaum die der Schülerinnen an Schulen kritisch beleuchtet.

Nach der Vorstellungsrunde begaben sich alle Frauen auf eine 'Reise durch die Zeit', inspiriert durch einen Diavortrag über das Kunstwerk 'The Dinner-Party' der Amerikanerin Judy Chicago, das 39 berühmten Frauen aus mehreren Jahrhunderten gewidmet ist.

Arbeitskreise ...

Am Samstag ging es in die verschiedenen Arbeitskreise zu den Themen: Frauen-Zeitungen (hier berichteten u.a. Redakteurinnen der LABECULA und der EMMA über ihre Arbeit), Geschichte(n) von Frauen, Pornographie, Sexuelle Gewalt gegen Mädchen, Lesben in der Psychologie, Verhütung, Sexualität in der Schule, Schulutopien, SchülerInnenvertretungen und Theaterimprovisation. Die Arbeitskreise dienten dem Austausch eigener Erfahrungen, aber auch der Möglichkeit, gemeinsamer Lösungen. Schließlich wurden Forderungen formuliert, die in erweiterter Form als Resolution an Presse und Kultusministerium gehen sollen.

Während der Plenumsdiskussion über 'Koedukation contra Mädchenschule' "frauschte" nicht bei allen Begeisterung nach freien feministischen Schulen. Viele halten den Geschlechterkonflikt an Schulen für sinnvoll, damit die Mädchen schon in ihrer Schulzeit die Realität sozusagen immer "vor Augen" haben.

Frauenpower

Obwohl dieser Tag mit Diskussionen angefüllt war und so mancher Kopf qualmte, endete der Abend mit Frauenpower, denn es spielten die Schülerinnenband "Bemegesseret" aus Bad Harzburg und die Frauen-Perussionsband "Nipowa Benta" aus Hannover. Nach dem am Sonntagmorgen alle, noch müde, aus ihren Schlafsäcken gekrochen waren und gefrühstückt hatten, setzte frau sich nochmal zusammen, um über die Eindrücke des Kongresses zu sprechen. Fast alle betonten, daß die entspannte Atmosphäre, die sie in gemischten Gruppen noch nicht erlebt hatten, sehr wichtig war. Und selbst die, die dem Ganzen recht skeptisch gegenüberstanden, waren sich nun sicher, daß mit Frauen ja doch was anzufangen sei!

Tanja Rieger

Die BUNDjugend - aktive politische Umweltschutzinitiative oder Waldsäuberungsverein für frustrierte Wohlstandsjugend?

TENDENZ-Interview mit Jochen

Heilmann von der BUNDjugend

TENDENZ: Wie sieht eigentlich die Arbeit einer klassischen BUNDjugend-Gruppe aus?

Jochen: Also erstmal: Es gibt keine "klassische" BUNDjugend-Gruppen. Die Arbeit der Gruppen hängt sehr stark von der Umgebung ab. Natürlich machen unsere Leute auf dem Land völlig andere Dinge als Stadtgruppen. Trotz unserer föderativen Struktur kann ich für die Bundesorganisation sagen, daß wir sehr stark in politische Richtung arbeiten. Die Jugendgruppen machen z.T. örtliche Pflegeprojekte, wofür es auch häufig Zuschüsse von Kommunen gibt, z.B. für die Beschneidung von Kopfweiden. Irgendwann läuft sich aber auch so etwas tot. Die andere Seite sind politische Aktionen unterschiedlichster Art, das fängt an bei Infoständen in der Stadt, bis hin zur Beteiligung am McDonald's und Fast-Food-Boycott oder den bundesweiten Kampagnen gegen die Zerstörung des Wattenmeeres durch die RWE-Tochter DEA. In Minden z.B. gab's eine länger geplante und ausgefeilte Aktion gegen eine McDonald's-Eröffnung, mit Straßentheater, Kulturveranstaltungen, Vorträgen u.a.m.

TENDENZ: Aus welcher Motivation heraus machen Jugendliche beim BUND Umweltschutzarbeit?

Jochen: Das ist so einfach nicht zu sagen, schon wegen unserer föderativen Struktur. Jugendliche unterstützen Umweltschutzarbeit aus sehr unterschiedlichen Motiven. Uns ist es wichtig, daß sie überhaupt etwas tun. Viele Gruppen gründeten sich, weil es vor Ort konkrete Umweltprobleme gab, die sie angehen wollten, möglichst mit Unterstützung durch überregionale Strukturen. Wir können dann z.B. mit Landesverbänden und der Bundesorganisation Refer-



enten organisieren und Kampagnenmaterialien erstellen. Uns ist es letztlich nur wichtig, daß sich Jugendliche in irgendeiner Weise für die Umwelt engagieren wollen.

TENDENZ: Parteien benutzen den BUND sehr gerne als Aushängeschild für ihren Wahlkampf, besonders, weil viele BUND-Gruppen eher unpolitisch agieren und sich darin gefallen, klassisch kommunale Aufgaben, wie z.B. das Sammeln von Sondermüll oder Altpapier, selber zu organisieren. Davor lassen sich Wahlkämpfer dann gerne ablichten, das kommt beim umweltbesorgten Wahlvolk an. Wie weit lässt sich der BUND mißbrauchen? Wie reagiert Ihr als Struktur auf solche Probleme?

Jochen: In der BUNDjugend stößt sowas auf viel stärkere Aversionen als in der "Erwachsenen"-organisation. Bei uns wird da öfter das Maul aufgerissen. Andererseits ist unverkennbar, daß z.B. viele Jugendliche, die bei uns mitarbeiten, starke Verbindungen zu den Jusos haben, so daß sich die von Dir aus NRW beschriebenen Vorgänge - bei absoluter dörflicher SPD-Mehrheit - gut erklären lassen. Wie das in absoluten Zahlen aussieht, müßte sicherlich

mal überprüft werden, zumal wir ja parteipolitisch neutral sind. Sicherlich gibt's immer wieder einmal Ausreiter. Inwieweit wir uns mißbrauchen lassen? Bei uns finden gegenwärtig heftigere Auseinandersetzungen darüber statt, inwieweit unsere Materialien (konkret: eine Ausstellung) und sogar ein Mitarbeiter durch einen Konzern wie Hertie finanziert werden dürfen.

TENDENZ: Soweit Hertie das betrifft, ist das wohl eine mehr als berechtigte Kritik! Eine für Kinder gedachte Naturausstellung, die Euer positiv besetztes Logo für Werbung benutzt, obschon der Konzern z.B. in Sachen Verpackungsmaterialien die gleichen Plastikberge produziert, wie die Konkurrenz. Das erinnert mich wirklich stark an den Würger-Produzenten McDonald's, der in Bayern eine Ausstellung ausgerechnet über gesunde Ernährung finanziert hat und vorübergehend sogar das bayerische Familienministerium einkaufen konnte, als Schirmherr. Letztlich sollten über diese Ansprache der Kinder die Eltern und Großeltern in die Fast-Foot-Tempel des Konzerns gelockt werden.

Jochen: Richtig. Selbst Plastiktüten

bedruckt Hertie mittlerweile mit unserem Emblem.

TENDENZ: Wie weit kann man sich eigentlich im Rahmen von Sponsoringprojekten verkaufen?

Jochen: Die Ausstellung hat die Funktion, es Kindern zu ermöglichen, Natur zu erfahren. Man kann geteilter Meinung darüber sein, ob unsere Ausstellung, die jetzt ein Jahr lang in Hertiefilialen gezeigt wird, zweckmäßig ist. Sicherlich ist sie eher unpolitisch, was m.E. bei Kindern durchaus richtig ist.

TENDENZ: Gibt es Unterschiede zwischen den Aktivitäten auf Landes- und Ortsebene?

Jochen: Klaro. Während örtlich vorwiegend viele Gruppen an konkreten Projekten arbeiten, bemühen sich die Landesjugendleitungen darum, Kampagnen zu initiieren, die vom Gedanken 'Think Globaly, Act Globaly!' getragen sind. Die politische Arbeit nimmt da natürlich einen stetig größeren Raum ein, wozu letztlich auch die zahlreichen Seminare und Kongresse beitragen, die auf Länderebene laufen. Es gibt durchaus verschiedene Zielsetzungen in den einzelnen Bundesländern. Während sich die einen mehr als Umweltschutzverband verstehen, gibt es andere, die Jugendliche gezielt zu politisch reflektierten Initiativen bewegen wollen.

TENDENZ: 'Think Globaly, Act Globaly', sagst Du, wie sieht's aus mit Eurer Mitarbeit in internationalen Zusammenhängen?

Jochen: Wir arbeiten in den verschiedensten internationalen Zusammenhängen mit, seit kurzem sind wir offizielles Mitglied von Friends of the Earth International. Am internationalen Ökotoeliacamp mit gut 400 Teilnehmern machen wir schon seit Jahren mit. Das letzte ha-

LIEBEN SIE KRANICHE?



Dann sollten Sie wissen, daß der Kranich bei uns hochbedroht ist, z. B. durch Umweltgifte. Mehr erfahren Sie in unserer Infomappe (9,50 DM + Versandkosten):

BUND Kampagnenabteilung
Im Rheingarten 7, 5300 Bonn 3

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
e. V.



BUND Aktion Europa ohne Gift

**NICHTS IST SCHWERER &
NICHTS ERFORDERT
MEHR CHARAKTER
ALS SICH IM OFFENEN
GEGENSATZ
ZU SEINER ZEIT
ZU BEFINDEN &
LAUT ZU SAGEN:
NEINI
(TUCHOLSKY)**

**Alles liegt am Strand.
Knackisbleibensitzen.**

**DENKT AN DIE
LEUTE IM KNAST,
SPENDET
FREIABOS!**

Spenden bitte auf das Konto:
**FREIABONNEMENTS FÜR
GEFANGENE E.V. (gemeinnützig)**
Berliner Volksbank, BLZ 10090000,
Kto-Nr. 26 011 604

ben wir voriges Jahr in Köln selber ausgerichtet. Viele Landesverbände pflegen eigene bilaterale Beziehungen, die dann - gerade hinsichtlich Osteuropas - ausgesprochen politischen Charakters sind.

TENDENZ: Inwieweit eignen sich solche Kontakte eigentlich, um zu einer internationalen Vernetzung politischer Jugendinitiativen zu gelangen?

Jochen: Das ist ziemlich schwierig,

wenn nicht sogar unmöglich. Bereits der bundesweite Aufbau eines Netzwerkes von Boykottinitiativen kostet enorme personelle Kapazitäten, von weiteren materiellen Bedingungen wie Büro, Telefon, Kopier- und Druckkosten ganz zu schweigen. Auf europäischer Ebene ist es fast unmöglich, so etwas zu installieren, gerade weil viele Gruppen, ihre Probleme an konkreten Problemen vor

Ort festmachen. Wenn die sich entschließen, daß etwas anderes sie gerade mehr interessiert, als die Boykottinitiative, dann verabschieden die sich einfach mehr oder minder lautlos.

TENDENZ: Also ist es eher schwierig mit dem 'Think Globally, Act Globally'...

Jochen: Ich kann es verstehen, daß die Leute im Zweifelsfalle eher gegen die Müllverbrennungsanlage vor Ort aktiv werden, als in einer - wie auch immer gearteten - europäischen Kampagne für oder gegen irgendetwas.

TENDENZ: Das scheint problematisch, weil es letztlich eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit den Ursachen des Müllaufkommens, z.B. durch Berge überflüssiger Verpackungsmaterialien und entsprechender Produktionsverfahren verhindert.

- Ein anderes Thema: Massenverbände wie die klassisch staatstragenden Jugendverbände haben mittlerweile immer größere Schwierigkeiten mit ihrem Mitgliedsaufkommen, weil sie für immer mehr Jugendliche (mit guten Gründen) unattraktiv werden. Hat das Auswirkungen auf eure Arbeit? Offensichtlich haben viele Jugendliche keinen Bock mehr auf 'Jugendkonzerne' der alten Art.

Jochen: Sicherlich. In Niedersachsen z.B. hat sich eine Art Dachverband gegründet, JANUN, mit dem unsere Bundesjugendleitung große Schwierigkeiten hatte, auch weil er einfach in unsere Satzungsrastrer nicht 'reipasste'. Mittlerweile sind diese Strukturfragen nicht nur bei uns, sondern in zahlreichen anderen Jugendnaturschutzverbänden ein wichtiges Thema geworden. In Niedersachsen arbeiten unsere Jugendgruppen in einer landesweiten Koordination von Jugendgruppen mit, die sich in JANUN organisiert haben. Vernetzung statt Satzung ist angesagt. Mittlerweile ist aufgrund der gestiegenen Attraktivität durch diesen Dachverband eine steigende Mitglieder- und Aktionszahl eindeutig feststellbar.

TENDENZ: Danke für dieses Gespräch

Kontaktadresse: BUNDjugend, Friedrich-Brauer-Str. 86, 53 Bonn 3

Die BUNDjugend: Daten und Fakten

Die BUNDjugend ist die Jugendorganisation des BUND, des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, einer der größten bundesdeutschen Umweltschutzorganisationen, mit circa 200.000 Mitgliedern. Alle BUND-Mitglieder unter 25 Jahren sind automatisch Mitglieder der BUNDjugend. Laut Satzung haben es sich die gut 25.000 BUNDjugendlichen zur Aufgabe gemacht, "den Natur- und Umweltschutzgedanken öffentlich zu vertreten; darauf hinzuwirken, daß ökologisches Verständnis in Gesellschaft und Schule als allgemeines Bildungsziel anerkannt wird; die Erziehung zum Schutz und verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Umwelt im schulischen und außerschulischen Bereich aktiv zu fördern; bei Planungen, die für die Natur, Landschaft und Umwelt des Menschen bedeutsam sind, mitzuwirken; für einen konsequenten Vollzug der einschlägigen Gesetze einzutreten; sich gegen alle lebensbedrohenden Techniken zu wenden..." und vieles anderes umweltschützerisches mehr zu tun. Die erst 5-jährige BUNDjugend hat sich eine Reihe von Organen gegeben, die bereits vom Namen her verdeutlichen, daß sie die Jugendorganisation einer der ältesten deutschen Naturschutzorganisationen sind. So besitzen sie z.B. eine richtige 'Bundesjugendleitung', die die Öffentlichkeit per Mehrheitsentscheid aus ihren Sitzungen herauswerfen kann. Analog zu unserer Bundeskonferenz führt die BUNDjugend einmal jährlich ihre Bundesversammlung durch, wo Delegierte der Landesverbände die Grundzüge ihrer Arbeit festlegen dürfen. Die Bundis geben eine Reihe von Zeitschriften und Newslettern heraus und beteiligen sich auch im Rahmen ihrer internationalen Arbeit z.B. an der European Youth Forest Action, um so auch international gegen Umwelterstörungen vorzugehen. Aktuell arbeiten BUNDjugendliche in der bundesweiten Koordination des DEA-Boykottes mit, um der Zerstörung des Naturparks Wattenmeer durch die RWE-Tochter DEA (ehemals Texaco) Einhalt zu gebieten. Mit Jochen Heilmann von der Bundesgeschäftsstelle der BUNDjugend sprach unser Redaktionsmitglied Udo Schüklenk.

RAF und Hafenstraße

nur einen Durchsuchungsbefehl für zwei Zimmer, auch wenn er später zugeben mußte, daß er keinesfalls davon ausgegangen sei, besagte "Terroristen" zu finden.

Warum auch sollten sich RAF-Terroristen in der Hafenstraße aufhalten. Massiv werden die Häuser von Zivil- und Streifenwagen der Polizei überwacht. Dies ist eine weitere Säule der Senatsstrategie, die MieterInnen der Hafenstraße zu provozieren. Andere Mittel dieser Strategie:

- Eine Klage auf Zahlung von 16.292,71 DM wegen Abbau und Einlagerung des Wandbemalungsgerüsts
- Schleppende Bearbeitung der Sozialhilfe-Auszahlung für HafenstraßenbewohnerInnen
- Klage auf Auskunft, wer in welchem Zimmer wohnt, verbunden mit der Klage, die Häuser mit Polizeibegleitung "besichtigen" zu dürfen.

"Super-rechtsstaatlich" nannte ein Mitglied des "Initiativkreises zum Erhalt der Hafenstraße" diese Strategie der psychologischen Zermürbung der Hafenstraßen-MieterInnen und deren SympatisantInnenkreis. Nach außen hin geht alles juristisch korrekt vor sich, schließlich hatten die HafenstraßenbewohnerInnen mehr als die Hälfte der Prozesse um ihre Häuser gewonnen. Zu offensichtlich hatte die Hafensrand GmbH, eine für die Räumung der Häuser eigens gegründete Firma, das Zustandekommen jener Stromverträge verhindert, die sie wiederholt einklagten. Zu plump waren die zeugenaussagen, da habe eine Hand aus irgendeinem Fenster irgendeinen Gegenstand auf die Straße geworfen. Innensenator Hackmann hat erkannt, daß er erst das SympatisantInnenumfeld der Hafenstraße sprengen muß, bevor er zur Gesamträumung schreiten kann. Helfen soll ihm dabei die besagte Kampagne "RAF in der Hafenstraße". Nach der Freilassung von Ingrid Strobl ist der §129a wieder aus dem Bewußtsein der bundesdeutschen Linken geraten. Die Geschehnisse um die Hamburger Hafenstraße zeigen, daß der §129a immer wieder verwendet wird, Linke zu diffamieren, kriminalisieren und auseinanderzudividieren.

Patrick Donges



"War das wirklich nötig?" fragte selbst das Boulevardblatt "Hamburger Morgenpost", als 3.000 Polizei- und Grenzschutzbeamte zum zweiten Mal in diesem Jahr die besetzten Häuser in der Hafenstraße durchsuchten. Offizieller

Grund der Durchsuchung am 15. Mai: zwei "RAF-Terroristen" sollten sich angeblich in der Hafenstraße aufhalten. Diese fand die Polizei leider nicht, da beide zur selben Zeit bei ihren Eltern am Kaffeetisch saßen. Und da es selbst der "Bild"-Zeitung merkwürdig vorkam, daß "Top-Terroristen" ein Familienleben haben, blätterte der Lack immer

mehr ab. Eigentlich wurden beide beschuldigt, Menschen geholfen zu haben, die beschuldigt wurden, anderen geholfen zu haben, die beschuldigt werden, der RAF anzugehören. Mehr nicht. Dreitausend Beamte, ausgestattet mit einem Durchsuchungsbefehl für zwei Zimmer, sahen sich bei der Gelegenheit gleich mal in allen Häusern um und nahmen mehrere Computer und Disketten mit.

Die besetzten Häuser in der Hafenstraße in Hamburg-St.Pauli sind sicher die "prominentesten" in der Bundesrepublik. Nun soll "Hamburgs Schande" mit einer geschickten

Doppelstrategie der Garaus gemacht werden: der Mietvertrag wurde zum sechsten Mal gekündigt und die alte Springer-Kampagne "RAF in der Hafenstraße" wieder aus dem Koffer geholt. Neu an der schon vor drei Jahren inszenierten Kampagne: dank des § 129a steht nun ein Instrument zur Anwendung aller polizeilichen und militärischen Mittel zur Verfügung. Dies reicht von der Absperrung ganzer Straßenzüge über Durchsuchungen, Beschlagnahmungen, Abhöraktionen bis zu einem Instrumentarium, das nur Juristen einen "erleichterten Haftgrund" nennen können. Und so braucht Hamburgs Innensenator Hackmann eben

1.

Vor dem Hintergrund der Veränderungen der ökonomischen Bedingungen in den osteuropäischen Ländern fordern Unternehmerverbände und rechte BildungspolitikerInnen verstärkt eine Qualifikation, die am Ausbau der innerkapitalistischen Wettbewerbsfähigkeit und ökonomischer Vorherrschaft des Standortes BRD (Gesamtdeutschland), zumindest im europäischen Raum, orientiert ist.

Die kapitalistische Indienstnahme von Forschung und Ausbildungsfunktion der Hochschulen soll (in beiden deutschen Staaten) forciert, die dazu erforderlichen Modernisierungen und Umstrukturierungen beschleunigt werden.

Mit dem Anschluß der DDR wird zunächst in hochschulpolitischer Hinsicht das Ziel verfolgt, das in der DDR vorhandene große Potential durch eine "Reform des Wissenschafts- und Forschungssystem der DDR" zu mobilisieren. Ziel ist, so der Bundesbildungsminister vor den bundesdeutschen Ununternehmerverbänden, den "Bildungsraum Deutschland und damit den Bildungsraum Europa neu zu gestalten."

2.

Der Umbau der Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen der DDR "in Richtung Markt" ist bereits in vollem Gange, er wird in der kommenden Periode durch folgende Tendenzen gekennzeichnet:

- Im Mittelpunkt der Umstrukturierung steht die Durchsetzung von neuen fachlich-inhaltlichen Prioritäten, die für die Etablierung und Effizienz von kapitalistischer Unternehmen in der DDR erforderlich sind. Dies betrifft vor allem den Umbau von Wirtschaft- und Betriebswissenschaften, Rechts-, Geistes- und Sozialwissenschaften. (durch Drittmittel-Komplexe, Management-Training, Umschulungsmaßnahmen etc.) Dies geschieht in enger Absprache mit den zuständigen Stellen in der BRD und durchaus durch von "oben ad-



Thesen zu den gegenwärtigen hochschulpolitischen Entwicklungen in der DDR und Auswirkungen auf das Hochschul- und Wissenschaftssystem der BRD

ministrativ durchgesetzte Strukturmaßnahmen." Derzeit wird eine ähnliche Hochschulverfassung wie in der BRD - modifiziert und vor allem bürokratisch gestrafft - eingeführt.

- Durch Straffung des Studiums, Verkürzung der ohnehin schon ziemlich kurzen Studiengänge und höheren Leistungsdruck soll kurzfristig eine schnelle Versorgung mit HochschulabsolventInnen (bzw. Umschulung für Mangelberufe) gewährleistet werden. Ergänzt wird versucht Spezialisten aus der BRD "zu importieren" um fehlende Funktionen auszufüllen und den Druck auf die Hochschulen der DDR zu erhöhen.

- Der Mittelbau, der bisher vorwiegend Dauer bzw. Lebenszeitstellen hatte wird auf Zeitstellen, befristete Drittmittelstellen, Teilzeitbeschäftigungen und freie Mitarbeiterstellen umgesetzt, um notwendige Flexibilität für Personalumstrukturierungen und inhaltliche Veränderungen zu erreichen und um "ungeeignete" bzw. politisch unliebsame WissenschaftlerInnen zu entlassen oder abzuschieben. Gegenwärtig müssen sich alle HochschullehrerInnen und LehrerInnen für ihre Stellen neu bewerben.

- Zugleich setzt eine drastische "Entdemokratisierung" der Hochschulen ein und zugleich ein

neues Machtkartell herausgebildet: aus den Hochschulleitungen, den Ministerialbürokratien, den Drittmittelgebern bzw. Konzernleitungen aus der BRD, den Unternehmerverbänden und schließlich den "staatlichen" Kooperationsgremien mit der BRD und der EG, die über die Anerkennung der Studienabschlüsse, Studienfinanzierung und Mittelzuweisungen, Prioritätenfestlegungen die Umgestaltung und Anpassung bestimmen werden. (Vgl. "Deutsch-deutsche Bildungskommission" und "Konzertierte Aktion Weiterbildung")

- Die akademische Führungsschicht der DDR, vor allem Wissenschaftsideologen und Gesellschaftswissenschaftler, sind aus der Sicht eines großen Teils der Bevölkerung delegitimiert. Vor diesem Hintergrund wird die "Entpolitisierung" der Hochschulen und WissenschaftlerInnen forciert. Durch die Ausstattung der HochschullehrerInnen mit Ressourcen (zur alleinigen Verfügung), Partizipation an der Hegemonie im osteuropäischen Raum sollen neue "Eliten" geschaffen werden, die zur wirtschafts-, forschungs- und technologiepolitischer Durchdringung der osteuropäischen Länder gewissermaßen als "interkulturelle Brückenelite" hervorragend benutzt (und entlohnt) werden kann.

3.

Summasummarum: Die kapitalistische Indienstnahme von Hochschule und Wissenschaft wird zunächst in der DDR forciert und ist dort zur Zeit auch eher möglich. Dies wird wiederum Auswirkungen auf die BRD-Hochschulen haben:

- Durch die Umstrukturierungszwänge und den Regulierungsbedarf vor allem im Bereich des Studiums (Stichwort Studienzeit und Studienreform) im BRD-DDR-Verhältnis werden die Versuche gestärkt auch in der BRD mit dirigistische Maßnahmen Prioritätenumsteuerung, Studienzeitverkürzungen und Effektivierung, Selbst- und Mitfinanzierung des Studiums bzw. von Umschulungsmaßnahmen, Flexibilisierung und Abhängigkeiten von Arbeitsverhältnissen durchzusetzen.

- Die staatlichen und "privaten" Investitionen in die Sanierung der DDR und Osteuropas werden zwar in einigen Bereichen (vor allem neue Technologien und nationale Prestige-Großobjekte) auch neue Beschäftigungschancen eröffnen, werden aber in der Regel auf Kosten der Ressourcen für sozialstaatliche, ökologische und entwicklungspolitische Vorhaben finanziert werden. Dies wird wiederum die Forschungs- und Ausbildungsschwerpunkte schwächen, in den fortschrittliche, gesellschaftlich relevante Ansätze noch vorhanden sind.

- Die unter kapitalistischer Hegemonie vollzogene Sanierung der DDR wird zudem die Form direkterer politischer und nationalstaatlich orientierter Steuerung von Forschungs- und Ausbildungsprozessen im gesamtdeutschen Rahmen stärken, was bereits jetzt zu einer verstärkten nationalistischen und EG-chauvinistischen Ausprägung der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften führt.

- Gleichzeitig werden die Studien- und Lebensbedingungen sowie politischen Betätigungsmöglichkeiten für ausländische StudentInnen, vor allem aus den sogenannten "3.Welt-Ländern", weiter eingeeengt.

Susanne Conze /
Anja Maschinsky / Pascal Becker

§ 218 / Fristenlösung:

Peinlichkeiten der deutsch-deutschen Vereinigung

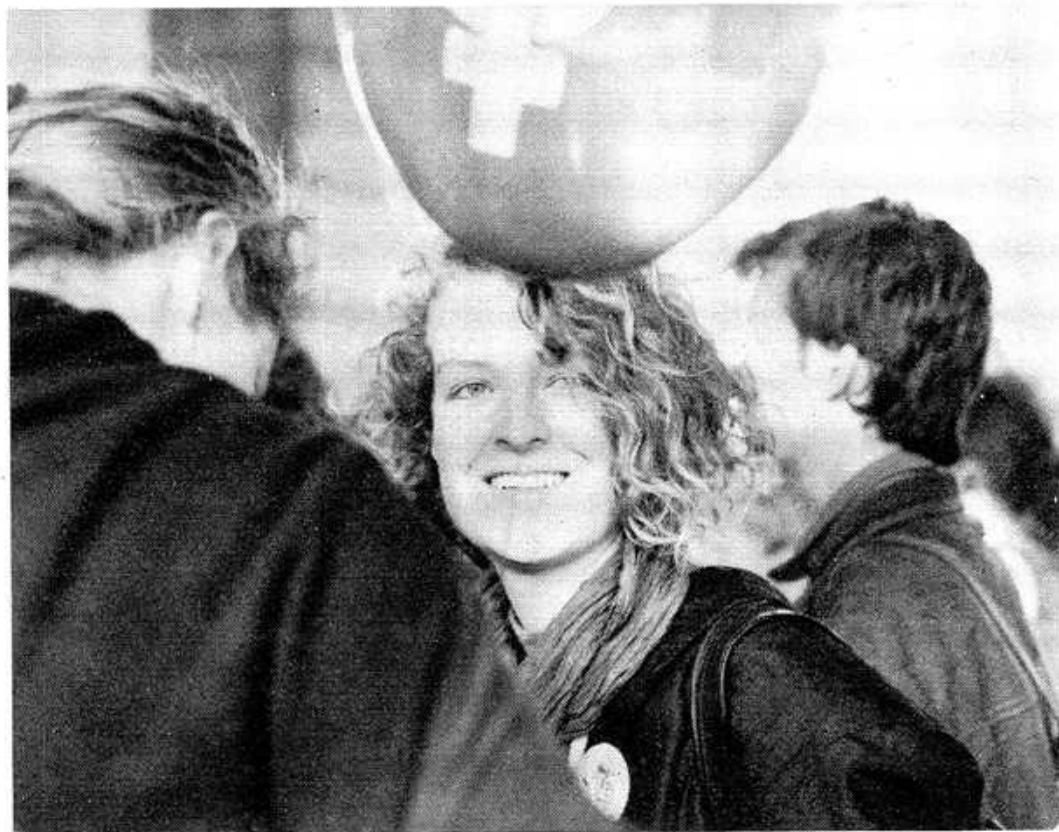


Foto: Birgit Michaelis

Nicht 1:1 ist dran, sondern 218:153. Und wenigstens diese gute Seite hat die ganze Vereinnahmung: Nachdem die Diskussion um die Streichung des § 218 fast ganz abgelaufen war, gehen jetzt Frauen aus der BRD und der DDR gemeinsam für ihr Selbstbestimmungsrecht auf die Straße und alle, bis hin zu Rita Süßmuth, müssen Stellung beziehen. Während in der Bundesrepublik seit 1976 - nach einem am Bundesgerichtshof gescheiterten Versuch der damaligen Koalitionsregierung - SPD/FDP die Fristenlösung einzuführen - die Indikationsregelung einen Schwangerschaftsabbruch dann als straffrei bezeichnet, wenn auf die Frau eine der vier Indikationsgründe zutrifft und sie sich in ei-

ner staatlich anerkannten Beratungsstelle hat sozial beraten lassen, liegt in der DDR die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche grundsätzlich bei der Schwangeren. Und da den Politikern die Frage des § 218 kontra § 153 nun mitten in der Vereinnahmungsdebatte nun doch zu heikel ist, bieten sie den DDR-Frauen einen Scheinkompromiß: Zunächst soll auf dem Gebiet der DDR, auch nach einer vollständigen Vereinnahmung, die Fristenregelung weiter gelten. Über die Länge dieses Übergangszeitraum diskutieren sie dann auch noch ganz großzügig. Sie versuchen so, die Diskussion von der eigentlichen, grundsätzlichen Diskussion um das Selbstbestim-

mungsrecht der Frauen wegzulenken zu einer Diskussion über die Länge einer Übergangslösung. Bloß was versprechen sie sich, die Herren CDU/CSU-Politiker, wenn nicht, daß der Aufruhr um den zweiten Staatsvertrag abgemildert wird und die Frauen in der DDR dann später nochmals heimlich und leise über den Tisch gezogen werden können. Daß dieser merkwürdige "Kompromiß" auf völlig wackeligen Beinen steht, merkt jedeR schon auf den ersten Blick: Was ist mit den Frauen aus der Bundesrepublik, die auf dem Gebiet der dann ehemaligen DDR einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen? Sollen diese dann auf dem Gebiet der BRD

direkt eingelocht werden? Und was ist mit der Bezahlung? Bezahlt das dann gemeinsame Krankenkassensäckel auch die Abbrüche der BRD-Frauen? Alles unbeantwortete Fragen, die sich bei diesem Vorschlag ja nun wirklich jeder/m stellen.

Wesentlich durchdachter scheint da eher der Vorstoß unserer neuen Mutter der Nation, Rita Süßmuth, zu sein, die vorschlägt, daß jede Frau sich vor einem Schwangerschaftsabbruch einer Beratung unterziehen und eine anschließende Entscheidung für den Abbruch straffrei bleiben solle. Das natürlich in der Frist von 12 Wochen nach Beginn der Schwangerschaft, denn daß Frauen bestrebt sind, diese Prozedur so schnell wie möglich - und damit so komplikationsarm wie möglich - hinter sich zu bringen, scheinen viele nicht zu realisieren. Wie sonst kann es zu Merkwürdigkeiten wie dem Angstgespenst der im neunten Monat abtreibenden Frau kommen?

Aber damit ist es auch noch nicht getan. Daß Frauen bei Rita Süßmuth immer gleich aufhorchen, wenn sie das Wort "Beratung" in den Mund nimmt, ist nach dem von ihr noch als Frauenministerin vorgelegten "Beratungsgesetz" ja kein Wunder mehr. Und warum straffrei? Dies setzt immer voraus, daß ein Tatbestand grundsätzlich strafbar ist, nur in einer konkret beschriebenen Situation dann halt nicht. Daß eine solche, für die Frau derart schwerwiegende Entscheidung, nicht durch Strafrecht geregelt werden kann, zeigen die Länder, in denen Abtreibung völlig illegal ist. Auch dort, wie z.B. in Irland, in der die katholische Kirche ja sogar das Verbot von Verhütungsmitteln durchsetzen konnte (galt bis 1979), wird dennoch abgetrieben. Es zeigt sich vielmehr, daß die Situation der Frauen noch verschärft wird. Neben den psychischen Problemen muß sich die Frau auch noch vor Strafverfolgung schützen und sich, wenn nicht z.B. ihr Freund, der reiche Pfaffe, ihr die Abtreibung in England bezahlt, unter schlimmsten Bedingungen einem illegalen und damit gegen ihren Willen (nur weil manche immer noch glauben, daß eine Frau nicht mündig genug ist, um über ihren eigenen Körper zu bestimmen!) einem noch viel gefährlicheren Schwangerschaftsabbruch unterziehen.

Und ach wie schrecklich für die Le-

benschützerInnen West und Ost: Ihr Pseudoargument, daß schon eine Fristenlösung, geschweige denn eine völlige Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen, die Abtreibungszahlen in die Höhe schnellen ließe, läßt sich an der Realität nicht messen. Die Beauftragte des DDR-Ministerrats für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Marina Beyer, teilte im Juni mit, daß die Abtreibungszahlen in der DDR seit der Fristenlösung konsequent zurückgegangen seien. Was ja auch kein Wunder ist in einem Land, in dem Verhütungsmittel kostenlos abgegeben werden und die Kinderbetreuung in der Vergangenheit wesentlich unproblematischer war als in der BRD. Und so nicht nur in der DDR, sondern in allen Ländern, in denen die Abbruchsregelungen liberaler sind als in der BRD sind und das Strafrecht nicht als das einzige Mittel gegen Schwangerschaftsabbrüche verstanden wird. Der Blick nach Osten wie nach Westen zeigt, daß das Strafrecht sich nicht gegen die Schwangerschaftsabbrüche an sich wendet, sondern gegen die souveräne Entscheidung der einzelnen Frau.

Verständlich die Forderung der DDR-Frauen nach Beratungsangeboten. Natürlich nicht "Beratung à la Süßmuth", die die Frauen immer im Sinne der aktuellen Linie der Bevölkerungspolitik berät, sondern autonome Beratung, bei der die Frauen ihre ureigenste Entscheidung mit anderen Frauen besprechen können. Diese zusätzliche Beratung zu der sowieso schon immer vor jedem Abbruch vorgenommenen Beratung bezüglich der möglichen medizinischen Konsequenzen eines Abbruchs und über Verhütungsmöglichkeiten ist wie jede soziale Beratung, wenn sie nicht von staatlicher Seite aus in eine bestimmte Richtung gelenkt werden kann, sinnvoll. Der Unabhängige Frauenverband der DDR (UFV) legte im Juni der Ministerin für Familie und Frauen, Christa Schmitt (CDU), einen Forderungskatalog vor, in dem sie ihre "Besorgnis bezüglich der frauenpolitischen Konsequenzen der deutsch-deutschen Vereinigung" zum Ausdruck bringen und autonome Beratungsangebote mit staatlicher Finanzierung für die DDR-Frauen einklagen.

Doch obwohl die Ost-CDU in ihrem Grundsatzprogramm schreibt, daß

"die Diskussion um das Problem der Schwangerschaftsabbrüche in erster Linie Sache der Frauen" sei und sogar noch mitteilen: "Abtreibungsverbote und Strafandrohungen sind keine Lebenshilfe.", schwanken inzwischen nicht nur die Ost-CDU-Männer ob des westlichen Drucks. Auch CDU-Frauen in der DDR wie Christa Schmitt scheinen sich mittlerweile damit abgefunden zu haben, daß der § 153 bei der Vereinnahmung nicht zu retten ist und teilen so mit, daß die Fristenlösung in der DDR zwar für einen gewissen Zeitraum behalten werden könne, aber natürlich nicht in Gesamtdeutschland gelten solle. Nichtmals versuchen wollen es die DDR-CDU-Frauen mehr, was eine Abstimmung im Volkskammeraus-

schuß für Familie und Frauen zeigt, bei der die meisten CDU-Frauen gegen den Antrag stimmten, den Rechtsstandpunkt der DDR, also die Fristenregelung, in den Prozeß der "Vereinigung" einzubringen. Konsequenz ist nur die Forderung des Bündnisses "Frauen begehren Selbstbestimmung", der GRÜNEN und des UFV der DDR, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen in dem dann gesamtdeutschen Grundgesetz festzuschreiben. Christina Schenk, Sprecherin des UFV, dazu bei der Demonstration am 16. Juni für die ersatzlose Streichung des § 218 in Bonn: "Wir fordern weiter, daß das Selbstbestimmungsrecht der Frau, wozu unter anderem das Recht auf Schwangerschaftsabbruch gehört, in der Verfassung des geeinten

Deutschlands verankert wird." Nur so scheint das Selbstbestimmungsrecht der Frauen den immer auf die Verfassung schielenden Richtern beim Bundesverfassungsgericht leicht und ganz einfach erklärbar zu sein. Auf den Punkt brachte dies Monika Simmel-Joachim, Bundesvorsitzende der Pro Familia, bei derselben Demo mit ihren einfachen Fragen: "Will man uns denn wirklich glauben machen, daß die anderen europäischen Länder weniger an Menschenrechten und am Lebensschutz orientiert sind als die Bundesrepublik? Will man uns wirklich einreden, nur die westdeutsche Variante der Regelung des Schwangerschaftsabbruchs diene dem Lebensschutz?"

Juliane Hilbricht

Frauen gegen den § 218 (Bundesweite Koordination)

Frauen

fordern
Selbstbestimmung



3,50

Die Bundesweite Koordination „Frauen gegen den § 218“ hat eine neue Broschüre herausgegeben. Auf insgesamt 60 Seiten ist die Entwicklung um den § 218 in den letzten drei Jahren zusammengefaßt. Darüberhinaus enthält die Broschüre interessante Beiträge zur Diskussion um das Selbstbestimmungsrecht der Frau und eine Auseinandersetzung mit den GRÜNEN und der SPD.

Aus dem Inhalt:

- Die Memminger Abtreibungsprozesse
- Die Justiz schlägt zu — Richter gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau
- CDU: Die Würde von Eisprung und Samenzelle
- Baden-Württemberg: „Musterlände“ im Kampf gegen die Abtreibung
- Vom leidigen Umgang der SPD mit dem § 218
- Das Grüne Elend mit der Moral
- Reproduktionstechniken, Embryonenschutz und das Selbstbestimmungsrecht der Frau
- Vom Selbstbestimmungsrecht zur Selbstbestimmungspflicht — Eugenisches Indikation und pränatale Diagnostik
- Alte Inhalte in neuem Gewande — die Bewegung der Abtreibungsgegner
- Der embryonale Blick über den Nabelrand: Prof. Blechschmidts biologistische Schöpfungsordnung
- Die Geschichte des § 218
- Der Kampf gegen das Abtreibungsverbot in anderen Ländern
- Praktische Hinweise zum Schwangerschaftsabbruch (mit Adressen).

Zu beziehen über:
Monika Scheffer, Paulusstr. 30,
4800 Bielefeld oder
Hamburger Satz- u. Verlagskooperative,
Lindenalle 4, 2000 Hamburg 20
Preis: 3,50 DM + Porto

Born to be wild!

Habt Ihr Euch schon mal gefragt, ob das alles mit rechten Dingen zugeht? Im Geschichtsunterricht gibt es massenhaft Helden, aber Frauen? Ne, außer Johanna von Orleans wohl keine. Naja, vielleicht ja noch Elisabeth die Erste von England.

Und dann Mathe. Wieder nur Typen, die sich die ganzen Spielereien ausgedacht haben. Ob ich was raffe, egal. Wenn's nicht klappt in der Klausur, dann beug'ich mich halt mal ganz weit vor und dann hilft er mir bestimmt. Nur nicht zuviel helfen, denn später, da brauche ich, so sagt er, ja doch kein Mathe mehr. Deshalb soll ich auch besser Englisch als Leistungskurs wählen, da seien wir Frauen doch so gut.

Und da? Wieder dasselbe! Keine Frau auf weiter Flur beim Unterrichtsstoff. Das wär' doch nicht schwer, mal bei der Lektüre ein Buch von einer Frau zu lesen. Die erwartete Antwort kommt dann auch: Nein, Frauen sind im Lektüreplan nicht vorgesehen, nur in Sekundarstufe 1 ein Krimi von Agatha Christie, und wie ich überhaupt auf sowas komme? Wohl 'ne Emanze, wahr?

Najagut, im Unterricht gibt's keine Frauen, aber sonst? Auch da sieht's fast überall, aber halt nicht überall, damit es immer noch die Ausnahme gibt, genauso aus. Ein-zwei Direktorinnen, drei-vier Oberstufenkoordinatorinnen, aber mehr, das gibt's halt nicht.

Dazu kommt dann noch die Anmache. Nicht nur von Lehrern, sondern sogar von Mitschülern. Blöde Witze über Vergewaltigungen sind da nur die Spitze des Eisbergs, der Rest wird totgeschwiegen.

Nichtmals in der SchülerInnenvertretung, wo ja auch unsere Rechte vertreten werden sollen, tauchen wir im vernünftigen Maße auf. Wieder Typen, wie später, die unsere Rechte eben mal mit vertreten.

Bei all dem, da taucht dann schnell die Frage nach der Koedukation auf. Weiterhin mit den Typen unterrichtet werden und sich nicht trauen, was zu sagen? Oder zurück zu den alten Mädchenschulen, so mit richtig viel

häkeln und kochen und so? Oder was meinen sie, die Feministinnen, mit ihrer Forderung nach freien, feministischen Mädchenschulen? Und dann die, die nur die Trennung in den Naturwissenschaften und Mathe wollen, warum eigentlich gerade da?

Fragen, Fragen über Fragen! Viele davon stellen sich jeder Schülerin irgendwann, manchmal nur in bestimmten Situationen, bei mancher erst einmal und dann ständig.... **Aber jetzt reicht's!**

Schülerinnen aus Nordrhein-Westfalen werden sich beim ersten landesweiten Schülerinnenkongreß über ihre Probleme als Frauen in der Schule diskutieren und überlegen, wie sie in allen Schulen für eine bessere Schule und gegen den Sexismus von Mitschülern und Lehrern Dampf machen können.

In Arbeitsgruppen sollen unter anderem die Themen Koedukation, Frauensprache contra Männersprache?, Frauen in SVen, Frauenbild im Unterricht, Sexuelle Gewalt gegen Mädchen, Sexualität, Lesben in der Schule, Eß- und Magersucht und Bulimie und viele andere Themen, die das Leben von Schülerinnen prägen, diskutiert werden und Aktionsideen und -formen gefunden werden, wie Mädchen offensiv mit ihren Problemen in Schule umgehen können.

In den Plenumsdiskussionen sollen die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammengeführt werden und ein Forderungskatalog erarbeitet werden.

Aber natürlich hat die Vorbereitungsgruppe, die nicht nur aus Jungdemokratinnen, sondern auch aus vielen Mädchen- und Schülerinneninitiativen und -gruppen sowie Einzelfrauen, besteht, auch für den Spas gesorgt. Am Freitag abend wird zu Beginn die Kabarettgruppe 1 + 1 = 3 ? auftreten und am Samstag abend wird eine Bauchtänzerin die Geheimnisse orientalischer Frauen verateten und zeigen.

Das Brunch am Sonntag morgen soll dann den Abschluß des SchülerInnenkongresses darstellen und den Teilnehmerinnen viel zeit zum großen Abschied geben.

Nähere Infos gibt's bei der Vorbereitungsgruppe Schülerinnenkongreß, c/o JungdemokratInnen NRW, Kieler Str. 29 c, 5600 Wuppertal, Tel.: 0202/49 38 354

Militär abschaffen - Lieber heute als über- morgen

Mehr Technik - weniger Menschen

Menschen spielen in der modernen mörderischen Militärtechnik eine immer geringere Rolle. Nicht nur in Fabriken, auch beim Militär wird Personal von Computern ersetzt. Die sind um einiges perfekter, und besonders praktisch fürs Militär: sie geben garantiert keine Widerworte und sind ganz ohne moralische Skrupel.

Heute werden nicht mehr Bomben von Flugzeugen abgeworfen. Heute genügt ein Knopfdruck und eine entsprechend programmierte Rakete "sucht" sich ihr Ziel "selbst". Das ist nicht nur wirkungsvoller und mörderischer. Auf Dauer ist es in der Herstellung und Unterhaltung als Drohpotential billiger.

So viel zu Helmut Kohls Abrüstungsbereitschaft.

Im Rahmen der Verhandlungen um die Vereinigung hat die Bundesregierung sich dafür etwas viel gefährlicheres erhandelt. Deutschland wird "souverän". Keine Kontrolle mehr durch die Anti-Hitler-Koalition, "wir" können wieder politisch tun und lassen, was "wir" wollen. Ganz so, wie schon nach dem verlorenen I. Weltkrieg. Auch damals war zunächst die Militarisierung des Landes beschränkt, irgendwann mußten auch damals die bösen "Besatzer" gehen, und irgendwann war die Regierung da, die sich einfach an alle Beschränkungen nicht mehr hielt und der alle andern aus Angst vor ihrer Stärke nachgaben, nachgaben zum Glück nur bis 1939.

Geschichte wiederholt sich nicht. Dennoch erschreckende Parallelen.

Natürlich haben wir heute nicht wie damals eine Nazi-Regierung. Trotzdem gibt es erschreckende Parallelen: auf dem Wege zur Vereinigung mußte die Bundesregierung keinen

einzigsten Kompromiß schließen. Die DDR tritt der BRD bei, keine Gleichberechtigung; ganz Deutschland wird Teil der Nato, keine Neutralität oder gar Entmilitarisierung, nicht einmal entmilitarisierte Zonen. Es gibt sogar Machtzuwachs, weil "uns" auch die Westmächte nicht mehr kontrollieren werden. Die Verlierer des II. Weltkrieges werden zu seinen Siegern. Wirtschaftlich sind sie es schon, militärisch und politisch werden sie es jetzt auch.

Das einzige Zugeständnis, die Anerkennung der polnischen Westgrenze, ist keins, weil es 1970 von Willy Brandt schon gemacht, von Kohl

aber wieder zurückgeholt wurde, um es jetzt als Kompromiß zu verkaufen. Warum machen das selbst die Polen und die UdSSR mit? Die Antwort ist einfach: weil sie unsere (diesmal ohne Anführungsstriche) Hilfe brauchen. Ihr Wirtschaftssystem ist im Eimer, die Menschen dort lassen sich diese Lebensverhältnisse nicht mehr bieten, zumal sie immer mehr über unsere erfahren. Wenn sich bei ihnen nichts bessert, und das tut es nicht, weil die Westmächte Gorbatschow u.a. am langen Arm verhungern lassen, dann wollen sie eben in die EG und insbesondere ins Wirtschaftswunderparadies Deutsch-

land kommen. Wer von uns will ihnen das verdenken?

Erobert wird heute ökonomisch

Militär bekommt da eine neue Funktion. Erobert werden fremde Länder heute ökonomisch. Das Militär sitzt diesbezüglich "nur" noch auf der Reservebank, kann natürlich jederzeit zum Einsatz kommen. In erster Linie wird tatsächlich "Verteidigung" der Sinn des deutschen Militärs, Verteidigung des hier angehäuften Reichtums, des Lebensstandards, gegenüber den Milliarden Menschen, die an unsere Grenzen klopfen werden, um gleiches Recht zu fordern. Die Art und Weise, wie in unserem Land derzeit mit gerade mal 120.000 AsylbewerberInnen umgegangen wird, läßt böses ahnen.

Wem die Menschenrechte am Herzen liegen, dem und der können solche Aussichten nicht recht sein. Das paßt ganz praktisch damit zusammen, daß die meisten Menschen in unserem Land den kostspieligen Unsinn des Militärs nicht mehr einsehen wollen. Von Bundes- und DDR-BürgerInnen werden Opfer für die Vereinigung verlangt, der Rüstungshaushalt dagegen soll einfach nicht, oder nur durch buchhalterische Taschenspielertricks sinken. Gute Gründe also, nach dem Vorbild Schweiz, wo sich schon 35% in einer Volksabstimmung für die Abschaffung der Armee ausgesprochen haben, in Deutschland eine ebensolche Kampagne zu beginnen. Alle hätten etwas davon die Menschen in BRD und DDR müßten weniger für ihre Vereinigung blechen, die Soldaten hätten mehr Freizeit, die Produktivität der Wirtschaft würde steigen und nur das würde noch andere Länder und Völker bedrohen - schlimm genug, aber weniger gefährlich für alle Beteiligten.



Martin Böttger

Da seit der Bundesdelegiertenkonferenz keine *tendenz* erschl die Umstände, die dazu führten, könnt Ihr im Editorial nachlesen - erstmal einige kurze Informationen über die BDK. Die BDK ist das höchste beschlufassende Gremium des Verbandes. Und, wie in allen größeren Vereinen so üblich, alljährlich der Ort für die schärfsten Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Fraktionen. Einige Streitpunkte sind älter als ihre ProtagonistInnen und jedesmal wundern sich die BDK-Neulinge über die Ausartungen beliebter Schlammschlachten. Zu wundern hatte man sich dieses Jahr jedoch eher über die reale Tiefe der Gräben zwischen den einzelnen Landesverbänden.

In diesem Jahr entbrannte der Streit in aller Heftigkeit in den Bereichen Verbandsstrukturen, Frauenpolitik und DDR-Annexion. Die Positionen zum Thema Strukturen könnt Ihr in den anschließenden Beiträgen von *Markus Büchting* und *Uschi Kollenbach* nachlesen. Im Bereich Frauenpolitik prallen schon seit Jahren unterschiedliche Konzeptionen aufeinander. Auf der einen Seite ein feministischer Ansatz, der z.B. den Namen unseres Verbandes von Deutsche Jungdemokraten in JungdemokratInnen umwandeln will. Andererseits ein Verständnis von Frauenpolitik, für das ein Frauenstatut oder die zweigeschlechtliche Schreibweise nicht tragbar ist. Vielleicht bald von der Geschichte überholt, aber symptomatisch war der Streit ob der Verband an der Forderung der Zweistaatlichkeit der beiden deutschen Staaten festhalten soll. Den einzigen Beschluß zu diesem Thema, über den man sich einigen konnte, findet Ihr in diesem Heft - recht dörflich ...

Wie schon zur Tradition geworden, hat die BDK den Bundesvorstand nur teilweise und unter Vorbehalt bis zum nächsten BHA gewählt. Bundesvorsitzender wurde Markus Büchting (Mainz), Schatzmeister Patrick Donges (Hamburg) und stellvertretende Vorsitzende Axel Willius (Mainz) und Christoph Ostermann (Hannover). Und wie auch schon Tradition geworden, sollte auf dem nächsten BHA ein vollständiger BuVo gewählt werden.

Das war der Stand vor dem BHA. Doch zum Erstaunen der Anwesenden trat erst einmal der Bundesvorstand nur zur Hälfte zurück. Markus Büchting und Axel Willius erklärten, die Bundeskonferenz habe sie gewählt und ein Mitrauensantrag stnde nicht auf der Tagesordnung. Dies führte zur ersten ausführlicheren Diskussion, da eine ganze Reihe der BHA-Delegierten, die auch auf der Bundeskonferenz waren, der Ansicht waren, daß die beiden unter falschen Voraussetzungen (nämlich im Glauben an ihren Rücktritt) gewählt worden seien. Die Diskussion wurde durch einen Antrag aus Rheinland-Pfalz beendet, dem Bundesvorstand

das Vertrauen auszusprechen. Dieser Antrag wurde vom BHA mit Mehrheit abgelehnt. Aber auch dies änderte nichts daran, daß die umstrittenen Personen fest an ihren Ämtern klebten.

Heftigen Streit gab es auch in der Strukturdebatte, über deren Pole Ihr Euch in den beiden folgenden Debattenbeitrgen informieren könnt. In diese Diskussion platzte dann auch die Neuligkeit, daß einige JungdemokratInnen in Niedersachsen eine neue Jugendorganisation gründen wollten. Dieser Coup hatte allerdings nicht den erwünschten Erfolg, die Ausgrenzung des LV Niedersachsen. Der BHA stellte fest, daß die JungdemokratInnen Niedersachsen die einzige Gliederung der JungdemokratInnen in Niedersachsen sei, und die allgemeine Stimmung tendierte dahin, daß sich die Leute in Niedersachsen selbst einigen sollten. Nach langer Strukturdiskussion beschloß dann der BHA mehrheitlich folgenden Antrag:

1. Der Bundesverband der Jungdemokraten soll in einen Dachverband umgewandelt werden, der auf einer gleichberechtigten Mitgliedschaft der Landesorganisationen beruht. Aufgabe dieses Dachverbandes soll die Koordination der Aktivitäten der Landesgliederungen und die Organisation gemeinsamer bundesweiter Aktivitäten sein. Die Umwandlung soll auf der Bundeskonferenz 1991 vollzogen werden.

2. Der Bundesvorstand wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Landesgliederungen eine konkrete Ausgestaltung des Dachverbandes zu erarbeiten und dem Bundeshauptausschuß im Herbst zur Beschlußfassung vorzulegen. Er wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Umwandlung in Abstimmung mit den Landesverbänden in die Wege zu leiten.

3. Der Bundesvorstand wird beauftragt, in Gesprächen mit Gruppen und Verbänden aus dem links-alternativen Spektrum in der DDR Möglichkeiten und Konditionen einer Mitgliedschaft in dem Jungdemokraten-Dachverband zu klären. Interessierte Gruppen sind am weiteren Prozeß der Ausgestaltung zu beteiligen.

Zum Schluß wurde ein neuer BuVo gewählt, dem jetzt angehören: Markus Büchting und Axel Willius (beide wurden bereits auf der BDK gewählt und sind nicht auf dem BHA zurückgetreten), Patrick Donges (kommissarisch, da er zurückgetreten ist, aber niemand für diese Funktion neu gewählt wurde), Jullane Hilbricht (Mettmann), Udo Schüklenk (Recklinghausen) und Herbert Nieswandt (Mülheim/Oberhausen) (alle drei frisch gewählt).

Herbert Nieswandt

Her mit Meißel und Staubtuch

JungdemokratInnen haben es geschafft! Trotz aller Unkenrufe und Schwarzseherei haben wir gezeigt, daß ein parteiunabhängiger politischer Jugendverband in der Bundes-

republik überleben, ja sogar erfolgreich arbeiten, kann.

Für unseren Verband hat dies eine ganze Menge Veränderungen mit sich gebracht. Die in den 70er (allerdings nur theoretisch) erarbeitete Erkenntnis, daß gesellschaftli-

che Veränderungen das Ergebnis außerparlamentarischer Aktivitäten sind, wurde in den achtziger Jahren dann praktisch umgesetzt und hat zu einer Verlagerung unseres Arbeitsschwerpunktes auf den außerparlamentarischen Bereich geführt. Gleichzeitig haben wir in den letzten Jahren begonnen mit den GRÜNEN zusammenzuarbeiten, die die einzige Partei im parlamentarischen System der Bundesrepublik sind, mit der Gesellschaftsänderungen möglich sind. In unserer Arbeitsweise unterscheiden sich die JungdemokratInnen aber von den GRÜNEN - und dies nicht nur wegen unserer Schwerpunktssetzung. Mit diesem Prozeß gingen und gehen eine Menge Diskussionen bei uns über unser Selbstverständnis,

unsere Grundsatzpositionen und auch über unsere Strukturen einher. Die Strukturdebatte ist von diesen Debatten sicher nicht die wichtigste, doch macht sie an vielen Fragen deutlich, ob wir in diesem Verband bereit sind, ihn gemeinsam weiterzuentwickeln und Fortschritte zu erzielen oder ob konservativ am bestehenden Status quo festhalten wird. Wie verkrustet auch ein radikal-demokratischer Jugendverband sein kann, zeigt sich eben auch daran, daß es uns - trotz vielfacher Anläufe - auf Bundesebene immer noch nicht gelungen ist, das "liberal" durch "radikal-demokratisch" zu ersetzen, "Jungdemokraten" in JungdemokratInnen umzubenennen und das längst überfällige Frauenstatut zu beschließen.



Die Demokratiefrage ist entscheidend

Daß die Strukturen des Jungdemokraten-Bundesverbandes verändert werden sollen, ist schon länger in der Diskussion. Sieht man einmal von dem Entwurf eines Frauenstatut ab, so gab es bis zur BDK 90 hierzu keine konkreten Vorschläge. Die Diskussion wurde abstrakt geführt. Einige wollten aus dem Bundesverband ein Bündnis (heute heißt das Dachverband) machen, andere den Verband erhalten.

Der erste konkretere Vorschlag war dann ein Papier des SprecherInnen Rates Niedersachsen. Allerdings in der gewohnten Absurdität abgefaßt, diente es eher der Volksbelustigung (Highlight: "Die Konferenz kann Personen, die wissenschaftlich hinter Positionen zurückfallen bei Bedarf ausschließen.")

Neben einer Antwort von Patrick auf das Papier, brachte ich dann ein etwas längliches Papier in die Diskussion ein, in dem ich die Notwendigkeit von Strukturen wie den unsrigen begründete. Kurz danach tauchte dann ein NRW-Landesvorstandbeschuß auf, in dem endgültig von radikal-demokratischen Strukturen Abschied genommen wurde. Interessant ist, daß auf keines der Argu-

mente bis heute eingegangen wurde. Es werden eine Reihe von Notwendigkeiten aufgebaut, die für die Erhaltung des Vereins notwendig seien und ab dann geht es nur noch darum - inhaltliche Argumente zählen in solch zweckrationalen Argumentationen nicht mehr. Es ist für die Mehrheit scheinbar nicht mehr von Bedeutung, was, sondern nur das erhalten werden soll.

Im folgenden nenne ich im Telegrammstil die Punkte, auf die meines Erachtens ein Verband, der sich radikal-demokratisch nennt, nicht verzichten kann. (Ausführlicher tue ich das im o.g. Papier)

1. Mitgliedschaft: Sie muß Voraussetzung sein, um im Verband gleichberechtigt partizipieren zu können.
2. Gleiche einklagbare Rechte der Mitglieder; gleiche Beteiligungsmöglichkeiten; strukturelle Möglichkeit jedes Mitglieds prinzipiell jede Entscheidung des Verbandes zu beeinflussen.
3. Keine informellen Entscheidungsstrukturen, da sie immer undemokratisch sind; durchschaubare radikal-demokratische Strukturen über die

Die Artikel des SPRI Nds, von Patrick und Markus, den NRW-Beschluß und den BHA-Beschluß könnt ihr über eure Landesgeschäftsstelle oder über die Bundesgeschäftsstelle bekommen.

Und so stehen wir gemeinsam vor dem Dilemma, daß wir als außerparlamentarisch arbeitender parteiunabhängiger Jugendverband immer noch die Strukturen eines traditionellen Partei Jugendverbandes haben, obwohl die Mehrheit des Verbandes für ein Dachverbandsmodell votiert, in dem die Autonomie der Regional- und Landesstrukturen auch in der Satzung verankert wird und die Hauptaufgaben auf Bundesebene der Informationsaustausch und die Koordination der Verbandsaktivitäten, die Außenvertretung, die Organisation der internationalen Maßnahmen und last but not least:

JungdemokratInnen sind ein politisches Instrument von Jugendlichen für Jugendliche, mit dem wir unsere Interessen in dieser Gesellschaft

durchsetzen. Wir sind kein closed-shop, sondern arbeiten natürlich mit möglichst vielen Jugendlichen, Gruppen, Inis und anderen Organisationen unseres Spektrums zusammen. Verkrustungen und ängstliches Festhalten an Althergebrachten stehen einer Öffnung des Verbandes entgegen und zeigen, daß die GegnerInnen von Strukturänderungen die Ergebnisse der langen und teilweise sehr komplexen (Struktur-)Diskussion innerhalb der Linken ignorieren, ja zum Teil sogar zurückdrehen wollen. Sie wollen einfach nicht wahrhaben, daß das Organisationsverständnis von Jugendlichen heute nicht mehr dem der '68er Generation entspricht, daß Autonomie und Koordination gefragt sind - nicht Wasserköpfe mit Funktionärsge-

habes. Dieses als allgemeine Organisationsfeindlichkeit abzutun ist nur hilflos!

Und diesen Generationskonflikt in unserem Verband lösen wir nicht mit demokratietheoretischen Diskussionen, die mit geschwollenen Worten die veralteten Strukturen hochloben, statt diesen Verband zu demokratisieren und größere Spielräume für politische Aktivitäten zu schaffen. Und auch der "Buhmann", wir würden unsere Einheitlichkeit verlieren, taugt nichts. JungdemokratInnen sind schon lange kein Einheitsver-

band mehr - und das ist gut so, weil Fortschritt nicht aus Einheitlichkeit, sondern aus Vielfalt erwächst.

Kurz und gut: Wenn wir gemeinsam unseren Verband weiterentwickeln wollen, führt kein Weg an den notwendigen Änderungen vorbei. Anstatt Verkrustetes und Verstaubtes änglich zu bewahren, gilt es, neue Wege zu gehen und gemeinsam unsere Handlungsfähigkeit zu erhöhen. In unserer Republik gibt's wahrhaftig genug zu tun!

Uschi Kollenbach

Buchbesprechung

Vereine gründen und erfolgreich führen

Ott, S. (1989). *Vereine gründen und erfolgreich führen: Satzungsgestaltung, Rechte und Pflichten von Mitgliedern und Vorstand, Versammlungsablauf, Haftungsfragen, Gemeinnützigkeit* (3. Auflage). München: Deutscher Taschenbuch Verlag. 193 Seiten; DM 9,80.

Dieser DTV-Ratgeber ist ein Buch, das zur aktuellen Diskussion im Bundesverband paßt.

Wer versucht, die Struktur der Jungdemokraten (JungdemokratInnen) an aktuelle politische Erfordernisse anzupassen, muß sich irgendwann, nachdem der politische Wille der Mehrheit des Verbandes klar ist, auch Gedanken um die rechtlichen Vorgaben des Vereinsrechts machen und in diesem Rahmen eine neue Satzung entwerfen. Aber auch diejenigen, die nach dem Motto "Weiter so!" verfahren und eine nach ihrer Ansicht bewährte Verbandsstruktur beibehalten wollen, müssen doch zur Kenntnis nehmen, daß der Jungdemokraten (JungdemokratInnen) Bundesverband eine Satzung hat, die so viele Fragen offen läßt, daß eine Revision dringend nötig wäre.

Um ein Beispiel zu nennen: Auf dem letzten Bundeshauptausschuß ging es um die Frage, ob dem Bundesvorstand das Mißtrauen ausgesprochen werden könne und er auf diesem Wege aus dem Amt zu katapultieren wäre, oder nicht. Unsere Satzung sieht so etwas nicht vor, und nun glaubten einige KollegInnen, ein Bundesvorstand sei nun mal beinahe auf ewig (also bis zu seiner Neuwahl

auf der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz) im Amt. Leute, die glauben, sie könnten jeden Konflikt aussitzen, gibt es halt auch bei uns.

Hätte das Präsidium des Bundeshauptausschusses nur einen flüchtigen Blick in das Vereinsrecht geworfen, hätten die KollegInnen sehen können, daß der Vorstand eines Vereins nahezu jederzeit in die Wüste geschickt werden kann.

Ihr seht schon, es kann nicht schaden, diesen DTV-Rechtsberater in der Tasche zu haben, insbesondere dann, wenn einige KollegInnen glauben, politische Konflikte über Satzungskonflikte austragen zu müssen. Also, eigentlich sollte es ja in einem Verband, der sich radikaldemokratisch nennt, anders laufen. Nun - da ich befürchte, daß Anspruch und Wirklichkeit bei den Jungdemokraten (JungdemokratInnen) noch für einige Zeit auseinanderklaffen werden, drohe ich heute schon mal an: Demnächst soll in tendenz die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages rezensiert werden. Dieser Bundesverband hätte es, zur Zeit jedenfalls, verdient.

Karl-Wilhelm Höfler

Amtsträger und Beschlüsse legitimiert werden.

4. Mehrheitsprinzip, da nur so unter 3. genanntes gewährleistet werden kann, Minimalkonsens verhindert werden und der Verband nur so zu profilierten Beschlüssen kommen kann.

5. Autonomie der Untergliederungen, sofern sie nicht gegen die Bundesstrukturen verstoßen.

6. Alle Ebenen müssen politische Ebenen sein: Es geht beispielsweise nicht an, daß der Bundesverband, nur weil keine konsensuale Einigung möglich ist, sich nur noch apolitisch selbst erhält und ansonsten zu einem internationalen Reisebüro verkommt.

7. Alle Änderungen der Verbandsstrukturen müssen auf dem korrekten demokratischen Wege herbeigeführt werden.

Insbesondere zum letzten Punkt muß man sagen, daß es sich inzwischen eingeschliffen hat, Strukturentscheidungen, die nicht die erforderliche Mehrheit erreichen, einfach faktisch umzusetzen. So wurden die letzten beiden Bundesvorstände jeweils vom BHA gewählt, anstatt wie demokratisch sinnvoll - von der BDK. Die BDK wurde dann von den Befürwortern des Bündnisses (Dachverband) im doppelten Sinne in ein Spektakel verwandelt.

Nun die Strukturen von Jungdemo-

KLICKETIKL // ACK



kraten zu verändern, halte ich in einigen Bereichen für sinnvoll und notwendig. Dabei aber radikaldemokratische Prinzipien über Bord zu werfen - dafür fehlt mir jede Einsicht. Und solange die einzigen inhaltlichen Argumente für einen Dachverband bleiben, daß diese Strukturen "traditionell" und typisch für einen "Partei Jugendverband" seien, und nicht aufgezeigt wird, wie man die Strukturen so ändern kann, daß sie sowohl dem "aktuellen Diskussionsstand der Linken" adäquat werden können, als auch radikaldemokratisch bleiben können, lasse ich mich gerne als Traditionalist beschimpfen - als ein radikaldemokratischer allerdings!

Markus Büchting
Bundesvorsitzender

Sie nennen das Formalkram

1. Festsitzung des Männergesangsvereins "Grün-Alternative Jugendkoordination" (JuKo)



Zur ersten Sitzung der GRÜN-Alternativen Jugendkoordination (JUKO) vom 30.6./1.7.1990 in Bonn hatte zweifellos etwas Denkwürdiges. Ein ganz neues Kapitel in der Jugendpolitik wurde aufgeschlagen. Was das Neue daran ist? Es ist ein Kapitel, in dem die "Frauenfrage" offenbar keine Rolle mehr spielt. Dabei wäre es allerdings zu viel Ehre, zu behaupten, daß die Nachwuchs-Machos die "Frauenfrage" "gelöst" hätten. Im Gegenteil Frauen kamen nicht vor, weil sie es in diesen Kreisen mit einer Ignoranz zu tun haben, die im Umkreis der GRÜNEN seit einigen Jahren in dieser Massivität kaum mehr beobachtet werden konnte.

Im Beschluß zur Einrichtung der JuKo, der im Bundeshauptausschuß der GRÜNEN gefällt wurde, wurde festgehalten, daß pro Landesverband zwei Delegierte in die JuKo entsendet werden sollten. Der Beschluß lautet dazu wörtlich: "Die Quotierung findet dabei Anwendung". Abgesehen davon, daß es Gliederungen der Partei Die GRÜNEN gibt, die etwas anarchische Vorstellungen von Quotierung haben (so reisten etwas die Berliner zu dritten, zwei Männer, eine Frau, delegiert waren! Doch dies, so wurde mittlerweile mitgeteilt, sei nur der Augenschein gewesen. Die Jugendlichen aus West-Berlin hätten das Modell eines "Delegationskollektivs" gewählt. Vor jeder Abstimmung hätten sie sich geeinigt, welche beiden Anwesenden abstimmen sollten), schien den jungen Männern, die sich in Bonn ein Stellchen gaben, die Tatsache, daß es zu Beginn der Sitzung nur eine Delegierte gab, kein Problem zu sein. Überrascht von diesem Mangel an Problembewußtsein wurde eine Debatte über den Umgang mit den Quoten eingefordert. Ein Zitat aus dieser Debatte, was leider durchaus der Stimmung gerecht wurde, soll Euch nicht vorenthalten bleiben: "Quotierung ist doch sowieso bloß wichtig, wenn es um Frauensachen geht!", meinte einer der Anwesenden. Was "Frauensachen" sind, entscheiden bei der JuKo offensichtlich die Männer. Abgesehen davon, daß es wirklich kaum möglich war für Frauen, sich in der Sitzung zu artikulieren, ohne unterbrochen oder angepflaumt zu werden, schien den jungen Männern die Frage, ob eine GRÜN-Alternative Jugendpolitik mit der Beteiligung von jungen Frauen stattfindet oder nicht, nicht mehr so aufregend.

Aber auch ganz elementare Bestandteile von Demokratie in einem Gremium sind der JuKo fremd. An der Delegation für die Sitzung zeigte

sich, daß die JuKo derzeit eine ziemliche Kopfgeburt ist. es gibt eine Reihe von GRÜNEN Landesverbänden, die über eine Jugendstruktur verfügen. So gibt es in Berlin die Alternative Jugendorganisation- AJW und in Schleswig-holstein gibt es ebenfalls einen Jugendverband. In Hessen delegierten die Jugendgruppen, die sich um den Jugendstammstisch Frankfurt gebildet haben. In Rheinland-Pfalz und Bremen dagegen sind die JUNGDEMOKRATEN entweder Jugendstruktur des GRÜNEN Landesverbands, oder der jugendpolitische Ansprechpartner der GRÜNEN. Darüberhinaus gibt es keine Jugendstrukturen, die als solche in der Lage wären, auch nur die Delegation übernehmen würden. In den Landesverbänden, aus denen sonst noch delegiert wurde, "delegierte" der Landesvorstand, so geschehen in Bayern, Baden-Württemberg (hier wurde nur ein Delegierter und eine Beobachterin zur JuKo geschickt, weil keine Einigkeit über das Modell JuKo besteht). In NRW delegierte eine Veranstaltung, bei der sich die vorhandenen GRÜN-Alternativen Jugendgruppen (angeblich soll es in NRW 15 solche Gruppen geben, wahrscheinlicher ist, daß es rund fünf bis sieben Gruppen waren, die sich da zur Delegation trafen). Nichts bekannt ist über das Saarland und die Landesverbände Rheinland-Pfalz, Bremen, Niedersachsen verzichteten völlig auf eine Delegation in die JuKo. Die Gruppe, die sich in Bonn konstituierte, ruht also auf einer sehr dürftigen Legitimationsbasis.

Das Verfahren selbst ist in den meisten Landesverbänden mehr als fragwürdig. Weder ist einzusehen, warum eine Horde, durch keinerlei Entscheidungsgremien legitimierter Jugendlicher, Delegierte in irgendein Gremium schicken (so geschehen in NRW), noch ist einzusehen, warum ein GRÜNER Landesvorstand, der

zu einer solchen Delegation wohl be-
rechtigt ist, dazu in der Lage sein
sollte, die adäquaten Menschen in
die Jugendstruktur zu delegieren?
Alle Versuche, diese Fragwürdigkeit
in die Diskussion zu bringen, die
Anwesenden zu zwingen, über die
Merkwürdigkeit der Situation nach-
zudenken, wurden gebremst. Wobei
zugegeben werden muß, daß die
Vorschläge, die aus NRW kamen,
um das Unbehagen an der Situation
zu verändern, auch eher merkwürdi-
ger Natur waren und zumindest den
Anspruch auf mehr Demokratie
überhaupt nicht einlösen konnten.
Sie schlugen zum Beispiel vor, daß
alle (zufällig!) Anwesenden sich an
den Abstimmungen und Entschei-
dungen beteiligen sollten, was unter
demokratischen Gesichtspunkten
wahrlich auch eher merkwürdig ist.
Zur Transparenz der Entschei-
dungen könnte ein solches Verfahren
auf keinen Fall beitragen.

Aus diesen Vorbemerkungen ist
schon abzusehen, daß es beim
Gang zu den Wahlen wieder interes-
sant werden würde. Spannend
wurde auch die "Frauenfrage" wie-
der, als es um die Wahlen ging, zum
ersten entsetzt die JuKo zwei Be-
obachterInnen in den BHA. Hierbei
die Quotierung einzuhalten, gelang
noch ganz gut, weil sich sowohl eine
Frau bereit fand, diese Aufgabe zu
übernehmen, als auch ein Mann.
Größere Probleme bereitete die Be-
setzung des Vierer-Koordinations-
Gremiums, das die Sitzungen vorbe-
reiten und die Geschäfte der JuKo
zwischen den Sitzungen führen soll.
Erneut stellte sich die Frage, wie ein
solches Gremium ohne Frauenprä-
senz zu besetzen sei. Es kandidierte
keine Frau für dieses Gremium. Wi-
derwillig wurde noch einmal darüber
diskutiert, wie denn nun damit umzu-
gehen sei. Einer der Anwesenden
zeichnete sich besonders bodenlose
Ignoranz aus, indem er verkündete,
gewählt werden könne nicht, weil die
Quotierung nicht eingehalten werden
könne. Begründet hat es er dieses
Ansinnen dann allerdings damit, daß
ihm die beiden männlichen Kandi-
daten nicht paßten. Das Verhältnis
vor allem der jungen Männer aus
NRW zur Quotierung ist ein ziemlich
taktisches. Im weiteren Verlauf der
Debatte übten denn doch einige der
jungen Männer recht betroffenen
Selbstkritik, um zum Schluß zwei

Männer zu wählen. Gewählte Mit-
glieder dieses Gremiums sind nun
für ein Jahr Robert Hübner aus Hes-
sen und Micha Hammerbacher aus
Berlin. Ohne Stimmrecht assoziiert
wurde eine Frau aus Baden-Würt-
temberg. Wäre ein anderer Wahl-
modus gewählt worden, etwa nur
eine Frau und einen Mann zu wählen
und zwei weitere Leute zu assozii-
ren, wäre eine Frau bereit gewesen,
zu kandidieren, doch so ernst wurde
das Quotierungsproblem denn doch
nicht genommen. Nach diesem
"starken Schluß" zogen die Dele-
gierten aus NRW aus. So hatten
auch sie ihren "starken Abgang".

Es ist ungeheuerlich, mit wie wenig
Problembewußtsein in der JuKo mit
Frauenpolitik, mit den Quoten und
dem Sinn und Zweck einer Stärkung
der Position von Frauen in der Politik
umgegangen wurde. Natürlich gibt
es überall in den GRÜNEN Kreise,
denen ein Grundverständnis fehlt,
Leute, die die Berücksichtigung von
Frauen in der Politik einfach lästig
finden. Aber ein völliges Ignorieren
des Problems. Überraschung, daß
es Frauen gibt, die das Problem auf
die Tagesordnung setzen (wozu sie
reichlich hartgesotten sein mußten) -
das hat mittlerweile glücklicherweise
Seltenheitswert.

Nicht minder bedenklich finde ich
das lockere Hinweggehen über de-
mokratische Gepflogenheiten. Weil
sie meinten, das sei ohnehin alles
nur "Formalkram", beschlossen sie,
sich einfach nicht darum zu scheren,
daß ein Delegationsprinzip bei-
spielsweise immer Transparenz er-
fordert, daß die Leute, die delegiert
werden sollen, kontrollierbar sein
müssen, daß es in demokratischen
Systemen üblich ist, sich bestimmte,
durchschaubare Verfahrensweisen,
etwa eine Geschäftsordnung zu ge-
ben, und daß es ein Unding ist, zu
Beginn einer Sitzung zu beschließen,

sich an die Geschäftsordnung des
Deutschen Bundestages zu halten
und im Lauf der Sitzung zu beschlie-
ßen, daß man keine Lust mehr hat
auf eine solche. Es gäbe zu diesem
Thema sicher noch mehr zu sagen!

Abgesehen von diesen problemati-
schen Vorgehensweisen in der JuKo
wurde dort natürlich auch ein Ar-
beitsprogramm beschlossen. Die
JuKo will zum 7. Oktober 1990, wenn
die GRÜNEN einen Auto-Aktionstag
veranstalten sollten, zu eben diesem
aufrufen und sich mit Aktionen daran
beteiligen. Der Aufruf soll unter dem
Aspekt Klimakatastrophe erarbeitet
werden. Außerdem will die JuKo im
Oktober oder November einen Ju-
gendkongreß veranstalten. Als weite-
rer Schwerpunkt wurde beschlossen,
eine jugendpolitische Erklärung zu
erarbeiten, über deren Zielrichtungen
bislang keine Einigkeit erzielt wurde.
Außerdem soll ein Jugendrundbrief
erarbeitet werden, in dem auch wei-
tere Vorschläge für eine Beteiligung
am Bundestagswahlkampf gemacht
werden sollen. In diesem Rundbrief
sollen auch Entwürfe für besagte ju-
gendpolitische Erklärung veröffent-
licht und zur Diskussion gestellt wer-
den.

Fazit: Der Teil der Arbeit der JuKo,
die auf eine Aufbauarbeit für Ju-
gendgruppen zielt, erscheint mir
durchaus sinnvoll. Doch um eine
solche Aufbauarbeit zu leisten, ist
keine Bundesstruktur notwendig.
Angesichts des Verlaufs der ersten
JuKo-Sitzung ist zudem zu fragen,
ob für diese Aufbauarbeit diese spe-
zifische Bundesstruktur überhaupt
nützlich ist. Das scheint mir derzeit
nicht der Fall zu sein!

Dagmar Dehmer

Mitglied im Landesvorstand der GRÜNEN
Baden-Württemberg und für diesen Lan-
desverband Boobachterin in der JuKo,
Präsidiumsmitglied des BHA der Jung-
demokraten



Einige kritische Anmerkungen zu Dagmar Dehmers Artikel

"Wes Zeitung ich gebrauch, des' Kritik ich teil" scheint Dagmar Dehmers Bewertungsmotto zu sein, wenn es um die Machenschaften der Grünen Kinder geht. Oder ist es ganz einfach Feigheit, die Dagmar dazu bewog, in einem Artikel für die "Grüne Zeitung NRW" (gz) gewisse Kritikpunkte nicht zu erwähnen?

In ihrem Text für die "tendenz" über die konstituierende Sitzung der grünen "Jugendkoordination" (Juko) jedenfalls taucht einiges auf, was Dagmar den Grünen in NRW wohl vorenthalten möchte. Merkwürdig ist nur, daß es sich bei den Auslassungen für die "gz" ausgerechnet um Dinge handelt, die sich auf die nordrheinwestfälischen Kids beziehen.

Da wird zum einen behauptet, in NRW hätte irgendein mysteriöses Treffen delegiert, foidlich sind die NRWlerInnen "eine Horde, durch keinerlei Entscheidungsgremium legitimierter Jugendlicher". Laut LHA-Beschluß sind in NRW JungdemokratInnen und das sogenannte Jugendforum, das im übrigen die Delegation vorgenommen hat,

gleichberechtigte grüne Jugendstrukturen.

Dagmar geht in ihrem Artikel für die "gz" fast ausschließlich auf die "Frauenfrage" (was allerdings in der "tendenz" schon auf die Quotierung reduziert wird) ein, und erwähnt auch, daß nur eine einzige weibliche Delegierte anwesend war. Welch Zufall, daß sie dabei vergißt, daß ausgerechnet die aus NRW kam. Denn in NRW ist der Juko-Ableger nicht nur durchschnittlich kopfgewaltig, böse und undemokratisch, sondern eben noch ganz besonders frauenfeindlich ("Das Verhältnis vor allem der jungen Männer aus NRW zu Quotierung ist ein ziemlich taktisches") und die elementaren Bestandteile von Demokratie hat man(n?) dort auch noch nicht begriffen. Um dies zu belegen und die bösen Buben zu entlarven geht's dann quer durch den Garten. So heißt es z.B., daß "die Vorschläge, die aus NRW kamen... zumindest den Anspruch auf Demokratie nicht einlösen können. Sie schlugen zum Beispiel vor, daß alle (zufällig!) Anwesenden sich an den Abstimmungen und Entscheidungen beteiligen sollten...". Ja, es ist wirklich eine

Unverschämtheit, wenn die einzige weibliche Delegierte, zu allem Übel auch noch aus NRW, Entscheidungsfindungen einfordert, die zumindest minimalste Einflußnahme von Frauen möglich machen sollen. hinzu kommt, daß die Diskussion über den Abstimmungsmodus sich zunächst auf die zukunftsweisende Abstimmung über die Tagesordnung und den Beginn einer Diskussion über die vorherrschende Männerstigkeit bezog. Deinen schriftlichen Äußerungen nach zu urteilen, Dagmar, scheinst du es besser zu finden, Frauen zuschauen zu lassen, wie Männer plus Alibi-Frau abstimmen. Wirklich ausgesprochen radikal-demokratisch. Ebenso demokratisch ist im übrigen die vorgenommene Sippenhaft. Der -auch noch falsch wiedergegebene Vorschlag kam nicht aus NRW, sondern von einer Frau aus NRW.

Daß die Delegierten aus NRW nach ihrer Abstimmungsniederlage über die Zusammensetzung des Koordinationsgremiums auszogen, begründet sich im übrigen nicht daraus, daß sie sich ein bißchen aufspielen wollten ("So hatten auch sie ihren starken Abgang"), sondern aus der manifestierten Frauenfeindlichkeit der Anwesenden, die einem möglichen quotierten Koordinationsgremium ein ausschließlich mit Männern besetztem vorzogen. Angesichts solcher Ignoranz und offensichtlichen Karrierestreben (Michael Hammerbacher aus West-Berlin hätte bei der Durchsetzung der quotierten Lösung seine Kandidatur zurückgezogen, weil er nicht dazu bereit gewesen wäre, nur assoziiertes Mitglied des Gremiums zu sein), wäre Solidarisches am Ort angebracht gewesen, als im Nachhinein diese Ungeheuerlichkeit durch verschleiern des Darstellens zu verniedlichen. in diesem Zusammenhang wäre es allerdings interessant gewesen zu erwähnen, daß die beiden nicht-delegierten Herren aus NRW (S.Kabe und M. Slapka) die männerbündende Gesellschaft einem solidarischen Mit-Abgang vorzogen.

Keine Frage: Juko ist derzeit ein Männerkarriereverein. Schon im Bereich der Frauenrechte und der Möglichkeit feministischer Arbeit ist mit der konstituierenden Sitzung ein Versagen vorprogrammiert, denn

dem Problem wird man nicht mit dem Auffüllen der lichten Frauenreihen gerecht werden.

Jugendpolitische Arbeit und inhaltliche Auseinandersetzungen liegen den Herren fern, denn schließlich geht es für sie um wichtigeres, nämlich die Akzeptanz in der Partei. Von daher rührt auch der größtenwahnsinnige immerwiederkehrende Kampagnenfetischismus. Denn außer hübschen Flugblättern und -schriften zum Vorzeigen bei grünen Vorständen, die sich dann sicher ganz doll freuen werden, wird Juko nicht viel machen können. Denn multiplizierte Nullen sind eben...

Kritik und hoffentlich auch Taten gegen die grünen Jugendmatadore sind selbstverständlich notwendig. Dies aber als Vehikel zu benutzen, um ganz anderes damit zu transportieren konterkariert die tatsächlichen Kritikpunkte und führt letztendlich zu einer ziemlich ungenuten Legitimation. So ist es beispielsweise ausgesprochen fahrlässig, bestimmte Bundesländer, diesmal eben NRW, zu Feindbildern zu stilisieren. noch dazu dann, wenn die zurecht kritisierten nicht einmal delegiert sind. Denn dieser Kritikansatz verharmlost und verschleiert die Eigendynamik eines vor allem aus Karrieregeilen bestehenden Männerbundes.

Die Demokratieunfähigkeit dieser netten Gesellschaft ist allumfassend - und nicht etwa, weil es dort Leute gibt, die meinen, daß die Anwesenden vielleicht auch das Recht haben sollten, mit darüber zu bestimmen, worüber sie diskutieren. Die schon erwähnte Ausschaltung jeglicher Frauenrechte, fehlende Quoren, kein Minderheitenschutz bis hin zu nicht geklärten Verfahrensweisen usw. usw. machen deutlich, in welchem Legitimationsbereich sich die Veranstaltung befand. Der Versuch, demokratische Versatzstücke einzubauen, wäre absurd.

Diese konstituierende Juko-Sitzung dürfte auch den letzten IllusionistInnen - ich möchte mich da gar nicht ausschließen - die Augen geöffnet haben: Alternative und/oder linke Jugendpolitik ist hier nicht möglich. Und so läßt ein links-alternatives Jugendmodell weiter auf sich warten...

Anja Krüger

Juko-Delegierte für NRW u. Redakteurin der Grünen Zeitung NRW



"Unabhängige Jungdemokratie" oder "Gemäßigte Reichsparteijugend" ?

Die Spaltung der Jungdemokraten im Jahr 1930

Vor einem Jahr sind die Jungdemokratinnen 70 Jahre alt geworden (schönes Alter für einen Jugendverband, oder ...). Aus diesem Anlaß begannen wir in der letzten Ausgabe von *tendenz* vom Dezember '89 mit einer Artikelserie zu unserer Verbandsgeschichte. Während Lothar Fuhlrott beim letzten Mal sich mit der Gründungsphase 1919 beschäftigte, betrachtet Burkhard Gutleben in dieser Ausgabe die Auseinandersetzungen inner halb der Jungdemokraten gegen Ende der Weimarer Republik.

Die Serie wird fortgesetzt.

Die Weimarer Jungdemokraten, die sich in den 20er Jahren allmählich vom Jugendbund zum politischen Jugendverband entwickelt hatten (über ihre Gründung wurde in der letzten "Tendenz" berichtet), erlebten gegen Ende dieses Jahrzehnts heftige innerverbandliche Auseinandersetzungen, die schließlich zu ihrer Spaltung führten.

Das Motiv für die Auseinandersetzungen waren unterschiedliche Auffassungen in der Frage Aufrüstung oder Pazifismus. Sie entbrannten in aller Schärfe 1928 an der Frage des Panzerkreuzer A, einem der größten deutschen Rüstungsvorhaben nach dem I. Weltkrieg. Während der Bau dieses Kriegsschiffes von der KPD und der Friedensbewegung scharf abgelehnt wurde, kamen SPD und Deutsche Demokratische Partei (DDP), die beide als Regierungs-

parteien für dieses Projekt mitverantwortlich waren, zu keiner klaren Position. Stimmte dann aber bei der SPD die Fraktion paradoxerweise gegen ihre eigene Regierungsvorlage, so fand sich bei der DDP doch eine klare Mehrheit für den Panzerkreuzer. Erich Lemmer, seit 1924 MdR und Vorsitzender des Reichsbundes der Jungdemokraten, übernahm es, in einer Rede die Zustimmung der DDP-Fraktion zu begründen. Diese Rede wurde vom linken, pazifistischen Flügel der Jungdemokraten als "Verrat" angesehen. Wortführer der Opposition gegen Lemmer wurde der Vorsitzende des Hamburger Landesverbandes, Erich Lüth, der von 1928 bis 1930 zugleich als Nachrücker Mitglied der Hambur-

ger Bürgerschaft war. Die persönliche Auseinandersetzung zwischen Lemmer und Lüth fand stellvertretend für zwei verschiedene Politikverständnisse statt. Lüth (Jahrgang 1902) rechnete sich bereits der "Nachkriegsgeneration" zu, der anders als dem nur vier Jahre älteren Lemmer das ominöse "Fronterlebnis" fehlte, das offenbar in vielen ehemaligen Kriegsteilnehmern negativ nachwirkte. Dabei war Lemmer durchaus nicht dem rechten Flügel des Weimarer Liberalismus zuzurechnen. Als Generalsekretär des Gewerkschaftsringes Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände vertrat er auch die Interessen von Lohnabhängigen. Seine politische Orientierung kann man

durchaus als sozialliberal bezeichnen. Der soziale Liberalismus hatte allerdings seit Friedrich Naumann zwei Komponenten: zum sozialen Ausgleich nach innen trat meist die Neigung zu einer imperialistischen Außenpolitik hinzu. Wegen dieser nie ganz verleugneten imperialistischen Neigung konnten die Sozialliberalen sich nicht wirklich mit den Positionen der entschiedenen Pazifisten anfreunden. Lüths Position hatte sich ihrerseits 1928 nach der Phosgen-Katastrophe im Hamburger Hafen noch verschärft, als auf dem Gelände einer Chemiefabrik Giftgas freiwurde und mehrere Todesopfer sowie zahlreiche Verletzte forderte. Seine Anträge zu Kriegsdienstverweigerung, Sabotage und Ablehnung auch des Verteidigungskrieges brachten ihn auf dem Mannheimer DDP-Parteitag im Oktober 1929 an den Rand eines Ausschlußverfahrens.

Stellten die Pazifisten in der DDP schon seit Anfang der 20er Jahre nur noch eine Randgruppe dar - selbst gemäßigtere Kräfte wie der Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde wurden bestenfalls geduldet, solange sie noch als Aushängeschild dienen konnten -, so war die radikalpazifistische Richtung bei den Jungdemokraten immerhin eine starke Minderheit. Zu ihr zählten vor allem die Landesverbände Hamburg und Berlin-Brandenburg sowie Gruppen im Ruhrgebiet und in Bayern, hier vor allem die Nürnberger um Otto Stündt und Julie Meyer, deren "Echo der jungen Demokratie" allmählich zu einem Konkurrenzorgan gegenüber dem vom Reichsbund herausgegebenen "Herold der deutschen Jungdemokratie" wurde. Allerdings war die radikaldemokratisch-pazifistische



Gruppierung nach einem augenscheinlichen Rechtsruck bei der Magdeburger Reichstagung im Mai 1929 nicht mehr im Vorstand des Reichsbundes der Jungdemokraten vertreten. Als Lüth nicht lockerließ, seine radikalen Auffassungen auch in linksintellektuellen Blättern wie "Die Weltbühne" und "Das andere Deutschland" zu publizieren, schloß ihn im Februar 1930 der Reichsvorstand wegen verbandsschädigendem Verhalten aus den Jungdemokraten aus. Als Lüth jedoch die Auseinandersetzung öffentlich weiterführte und der Landesverband Berlin-Brandenburg seine Bereitschaft signalisierte, ihn als außerordentliches Mitglied aufzunehmen, sah sich schließlich die Führung der DDP selbst genötigt, sich um Vermittlung zu bemühen, ehe der Konflikt Ausmaße annahm, die das Ansehen der Partei schädigen konnten.

Doch sollte nur wenige Monate später die DDP selbst einen Schritt tun, die den bereits angedeuteten Bruch endgültig werden ließ, wobei der Riß dann nicht mehr nur durch den Jugendverband, sondern auch durch die Partei ging. Die Demokratische Partei, die sich die gesamten 20er Jahre hindurch hinsichtlich der Wählergunst auf dem absteigenden Ast befand, sann immer wieder über Möglichkeiten nach, die abbröckelnde Organisation mit Hilfe neuer Kräfte zu stärken. Nach mehreren erfolglosen Projekten, zu denen die "Liberale Vereinigung" ebenso wie der "Sozialrepublikanische Kreis" gehörten, war plötzlich Eile geboten, als Reichskanzler Brüning im Juli

1930 den Reichstag auflöste und für den folgenden September Neuwahlen ansetzte, denn die Erosion der Mitte und das Erstarren des Nationalsozialismus war seit dem Anbruch der Wirtschaftskrise unübersehbar. Fast über Nacht präsentierte die DDP-Spitze Ende Juli der überraschten Öffentlichkeit das Wahlbündnis Deutsche Staatspartei, das im Wesentlichen aus der DDP und dem Jungdeutschen Orden (Jungdo) bestand. Der Jungdo, eine paramilitärisch organisierte Gruppe mit teilweise mittelalterlich anmutender Ideologie, wollte den sich verschärfenden Klassengegensätzen eine harmonische, hierarchische gegliederte Volksgemeinschaft entgegenstellen. Diese Idee traf sich irgendwo mit dem Staatsideal der DDP, das sich auch über die immer deutlicher zutage tretenden Interessen einzelner Gruppen erheben sollte. Als starker Staat auf volksgemeinschaftlicher Grundlage sollte die Republik den Angriffen der extremen Kräfte von rechts und links gewachsen sein.

Gegen die Gründung der Staatspartei wurden in der DDP zahlreiche oppositionelle Stimmen laut. Während die einen, die lediglich das schnelle und fast konspirative Vorgehen der Parteiführung kritisierten - auch Theodor Heuß sprach von einem "internen Staatsstreich" -, sich bald beruhigen ließen, hatte die inhaltliche Kritik auch organisatorische Konsequenzen. Vertreter des linken Parteiflügels kritisierten die antisemitischen, militaristischen und autoritären Vorstellungen des Jungdo. Der frühere Vorstandsvorsitzende der DDP, Anton Erkelenz, trat aus der Partei aus und kündigte seinen Übertritt zur SPD an, andere gewerkschaftlich orientierte Demokraten folgten ihm. Ein Teil der Staatsparteiegner versuchte dagegen, innerhalb der DDP gegen dieses Bündnis weiterzuarbeiten und gründeten eine "Vereinigung Unabhängiger Demokraten", die von Ludwig Quidde als Vorsitzenden geführt wurde. Die Jungdemokraten wurden in dieser Situation auseinandergerissen. Ihr Vorsitzender Ernst Lemmer hatte selbst zu denen gehört, die das Bündnis mit dem Jungdo heimlich von langer Hand vorbereitet hatten. Gemeinsam mit dem Hochmeister des Ordens, Artur Mahraun, trat er mit einem Aufruf "An die junge Ge-

neration" an die Öffentlichkeit und warb für die Mitarbeit in der Staatspartei. In der Tat folgte die Mehrheit des Verbandes ihrem Vorsitzenden. In einem am 30. Juli 1930 gefaßten Beschluß stellte der Reichsbund der Deutschen Jungdemokraten seine Organisation der Deutschen Staatspartei zur Verfügung.

Die linken Kräfte machten dabei allerdings nicht mit. Otto Stündt, der während der DDP-Parteiausschussitzung Ende Juli energisch gegen die Staatspartei redete, wurde Reichsgeschäftsführer der Unabhängigen Demokraten und öffnete das "Echo der jungen Demokratie" den Dissidenten um Quidde.

Der Landesverband Berlin-Brandenburg trat als ganzer aus dem Reichsbund der Jungdemokraten aus, sein Vorsitzender Werner Burmeister legte sein Amt als stellvertretender Vorsitzender des Reichsbundes nieder, in das er erst kurz zuvor nachgerückt war.

Der Einsatz der Unabhängigen Demokraten blieb jedoch ohne Erfolg. Auch nach dem bescheidenen Abschneiden bei der Reichstagswahl im September 1930 und dem kurz darauf erfolgten Bruch mit dem Jungdo hielt die DDP-Führung am Staatsparteiprojekt fest und ließ schließlich den Parteitag am 8. November in Hannover die DDP auflösen, um am folgenden Tag die Deutsche Staatspartei in aller Form gründen zu können.

Diejenigen, die zwar in der DDP blieben, nicht aber bei der Staatspartei mitmachen wollten, waren nun parteipolitisch heimatlos geworden. Obwohl es eine Reihe kritischer Stimmen gab, beschloß die Vereinigung Unabhängiger Demokraten auf ihrem Vertretertag in Kassel am 30. November 1930 die Gründung der Radikaldemokraten Partei unter dem Vorsitz des Berliner Rechtsanwalts Willy Braubach. Die Radikaldemokraten traten in ihrem Programm entschieden für die Abrüstung und Völkerverständigung ein, aber u.a. auch gegen die Todesstrafe, den § 218, Kartelle und Großgrundbesitz. Sie sahen sich "in Entscheidendem links von der SPD", auch wenn sie diese Partei als Hauptbündnispartner betrachteten. Die beteiligten Jungdemokraten - zum Vorstand der neuen Partei gehörten Stündt als stellvertretender Vorsitzender und

Julie Meyer sowie Werner Burmeister als Beisitzer - benannten ihr Organ in "Echo der radikalen Demokratie" um und formierten sich bald selbst als radikaldemokratische Jugend. Die bei der Staatspartei verbliebene Mehrheit fand auch bald einen neuen Namen: sie firmierte fortan als Reichsbund der Staatsbürgerlichen Jugend.

Erfolg blieb beiden Lagern versagt. Während die Staatspartei in der Endphase gerade noch 1 % der Wählern hinter sich bringen konnte, hatten die Radikaldemokraten bei den wenigen Wahlen, zu denen sie überhaupt antraten, immer nur eine Null vor dem Komma. Dennoch traten sie sie unbeirrt bis in den Februar 1933 für die Republik und gegen den Faschismus ein. Besonders hervor tat sich dabei die Radikaldemokratische Jugend mit ihrem neuen Vorsitzenden Hans Knebel und ihrem neuen Organ "Der radikale Demokrat", nachdem die Gruppe um Stündt 1932 von der Aussichtslosigkeit einer eigenen radikaldemokratischen Organisation überzeugt auf eine Sammlung aller antifaschistischen Kräfte setzte und dies durch eine erneute Umbenennung ihrer Zeitschrift in "Demokratisches Echo" andeutete. Nach der Machtübernahme Hitlers trennten sich die Wege der ehemaligen Jungdemokraten noch weiter. Ihre Schicksale reichten von Opfern des Nazi-Regimes wie Max Reinheimer (der einige Zeit die "Radikaldemokratischen Blätter" redigierte) über Auswanderer wie die Jüdin Julie Meyer bis zu denjenigen, die ihren Frieden mit dem neuen System machten und unbehelligt blieben.

Interessant ist es am Ende vielleicht noch, die unterschiedlichen Wege der beiden Kontrahenten Lüth und Lemmer nach dem Zweiten Weltkrieg weiterzuverfolgen. Ernst Lemmer schloß sich der CDU an, kam 1952 in den Bundestag und wurde unter Adenauer Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen. Erich Lüth dagegen wurde Mitglied der SPD, leitete in den 50er Jahren die Staatliche Pressestelle der Hansestadt Hamburg und setzte sich besonders für die Aussöhnung zwischen Deutschland und Israel ein. Er ist im letzten Jahr im Alter von 87 gestorben.

Burkhard Gutleben

MEDICO REPORT 9:

„Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit?“

Der inhaltliche medico Beitrag zu: Rassismus, Ausländerfeindlichkeit & neuem Chauvinismus. Nicht der übliche Reader, sondern eine folgenreiche Argumentation, die methodisch-praktisch neuen Blick & Bild & Zugang zu dem vermittelt, was sich als antidemokratisches Potential in der Alltagswirklichkeit ausmachen läßt.

Ein Muß für alle, die daran arbeiten.

Ca. 50 Seiten – DM 5,00

medico

Obermainanlage 7 - 6000 Frankfurt 1
Telefon: 069/4990041/2

The Last Waltz

Die VDS vor dem Ende

Der Dachverband der bundesdeutschen Asten, die Vereinigten Deutschen StudentInnenenschaften, kurz VDS, führt seit langem ein Schattendasein. Bisher von den sogenannten Massenorganisationen der StudentInnen, nicht so sehr von den Massen der Studierenden getragen, stellte er zumindest den letzten Rest bundesweiter studentischer Organisation dar.

Derzeit sind noch ca. 150 Asten Mitglied der VDS, deren Organe die jährlich tagende Mitgliederversammlung, ein aus 30 Asten bestehender sog. Zentralrat und ein mit StrömungsvertreterInnen besetzter Koordinationsausschuß (KA) sind. Relevante, im KA vertretene Strömungen der letzten Jahre waren der ehemals DKP-nahe MSB-Spartakus, der sozialdemokratisch orientierte SHB (beide galten als Kräfte der "gewerkschaftlichen Orientierung"), die Juso-Hochschulgruppen, die Radikaldemokratischen StudentInnengruppen, sogenannte "Unabhängige" und - punktuell - die "Basisgruppen". Schon seit geraumer Zeit werden die strömungspolitischen Elemente und die daraus resultierenden Entscheidungsprozesse (so wurde z.B. regelmäßig die Zusammensetzung des Zentralrates unter den Strömungen ausgehandelt) sowie das frühere Machtmonopol des MSB/SHB kritisiert. Dennoch war zumindest die formale Funktionsweise der VDS bis zum letzten Jahr gesichert.

Versuch Nr.1

Doch schon der erste diesjährige Versuch, eine ordentliche Mitgliederversammlung durchzuführen, scheiterte. War es in der Vergangenheit so, daß Mitgliederversammlungen nicht eröffnet werden konnten (dazu müssen 50% der Mitgliedsasten ihre Anwesenheit durch sog. Stimmbekunden), weil anwesende Asten durch Unterlassen des Stimmbekundens die Versammlung unter Druck setzen wollten, konnte die Mitgliederversammlung im März in Bochum nicht beginnen, weil erst gar nicht genügend Asten angereist waren. Eine völlig neue Situation für die

VDS, da alle Strömungen eine Eröffnung befürworteten, erschwerend hinzu kam die Option der Juso-Hochschulgruppen: Sie wollen in alter Kriegsgewinnlertradition die VDS auflösen, um einen neuen Dachverband unter sozialdemokratischer Hegemonie aufzubauen. Teile der Basisgruppen und der Unabhängigen dagegen wollten eine Grundsatzentscheidung für einen politischen Richtungsverband, der ein Instrument linker Politik sein und die althergebrachte Interessensvertretungspolitik ablösen soll.

Versuch Nr.2

Der zweite Versuch zur Durchführung einer Mitgliederversammlung im Mai in Trier stand unter keinem guten Stern. Zwar konnte die Versammlung satzungsgemäß (ein Eröffnungsquorum war nicht notwendig) eröffnet werden, dennoch reichten die ca. 50 Asten nicht aus, um die Organe der VDS neu zu besetzen. Da Juso-Hochschulgruppen und Teile der Basisgruppen/Unabhängigen von ihren Optionen nicht absahen, war ein Scheitern vorprogrammiert. Nach heftigen Diskussionen über Sinn und Unsinn der VDS erklärten die Juso-Hochschulgruppen, daß sie die VDS endgültig verlassen würden.

Die nicht sonderlich dezimierte Versammlung befaßte sich schließlich mit der Lösung der Krise. Da der Zentralrat und der Koordinationsausschuß politisch nicht entlastet worden waren, mußte die Binnenorganisation neu gestaltet werden. Einigkeit konnte darüber erzielt werden, daß ein aus 15 Asten bestehender Astenausschuß installiert werden sollte. Doch die Geister schieden sich an den Aufgaben des Arbeitsausschusses: Während die Mehrheit der Versammlung dafür votierte, den Aufgabenbereich auf den Beschluß-

grundlagen der VDS festzulegen, forderten Teile der Basisgruppen und Unabhängigen, daß der Astenausschuß die Kompetenz erhalten solle, zu allen politischen Ereignissen Stellungnahmen abgeben zu können. Nachdem sich diese Position nicht durchsetzen konnte, verließen große Teile der Basisgruppen/Unabhängigen die Versammlung. Dennoch wurde ein Astenausschuß bestimmt und ein Arbeitsausschuß gewählt.

Ausstiege und Auflösungen

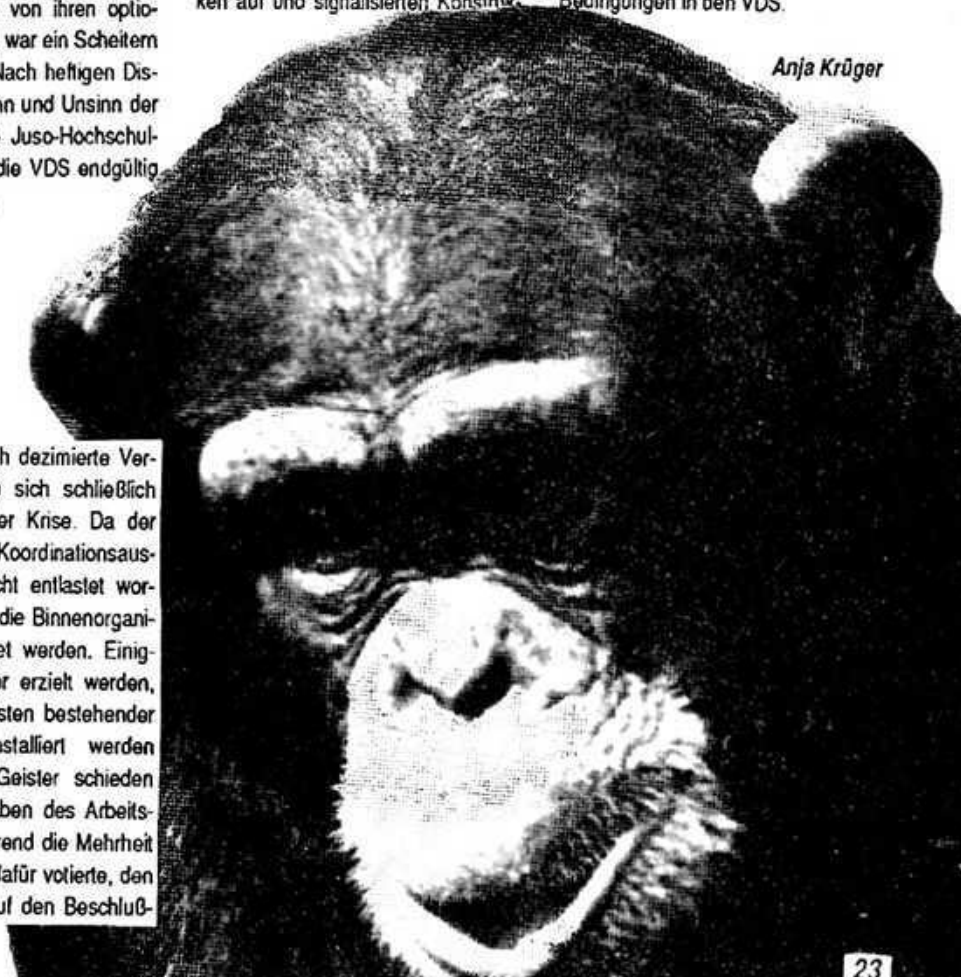
Nach diesen Ereignissen stellt sich die Lage bundesweiter StudentInnenpolitik völlig neu dar. Durch den Verlust großer Teile der Basisgruppen und Unabhängigen und den endgültigen Ausstieg der Juso-Hochschulgruppen werden die Reorganisationsprozesse der VDS erheblich erschwert. Dabei war die Ausgangslage zur Bewältigung der Krise vielversprechend: Das Aktionsbündnis von MSB und SHB ist seit einiger Zeit dahin, der MSB hat sich ohnehin Mitte Juni aufgelöst und auch der SHB trägt sichtbare Zeichen des baldigen Zusammenbruches. Die Basisgruppen/Unabhängigen gaben im Vorfeld der Mitgliederversammlung ihr schon traditionelles Abblocken auf und signaisierten Konstruktivität.

So wäre es auch ohne die Juso-hochschulgruppen möglich gewesen, neue Impulse zu setzen, um gemeinsam um die Wiedererlangung linker Hegemonie an den Hochschulen zu kämpfen. Doch innerliches Hick-Hack scheint noch angesagter zu sein als gemeinsame Krisenbewältigung. Angesichts der zu erwartenden hochschulpolitischen Maßnahmen im Zuge der DDR-Annexion unbegreiflich.

Kriegsgewinnler

Die Juso-Hochschulgruppen - mancherorts schon in "großen Koalitionen" - versprechen sich von der Neugründung eines Dachverbandes Dominanz; angesichts ihrer realen Größe (sie stellen ca. 10 Asten und sind in einigen Bündnisasten) eine Pharce. Eine vernünftige Analyse des Scheiterns der VDS haben sie nicht nötig. "Dieses Desaster ist Ergebnis der jahrelangen Dominanz des DKP-Studierendenverbandes MSB-Spartakus und seines Dauerbündnispartners Sozialistischer Hochschulbund (SHB)", erklärte Doris Eyl, von der SPD entlohnte Bundesgeschäftsführerin der Juso-hochschulgruppen in einer Presseerklärung und ersparte sich damit jegliches Hinterfragen der eigenen Politik und ignorierte die völlig veränderten Bedingungen in den VDS.

Anja Krüger



Bastos & Zakusky

Francois Corteggiani/Pierre Tranchard:

Bastos und Zakusky
(Comicplus + Verlag, Sackmann und Hörndl)

Die Serie "Bastos und Zakusky" ist ein "Eastern" und schon als solcher fast die totale Ausnahme im Comic-Genre.

Ursprünglich wollten die beiden französischen Künstler Francois Corteggiani und Pierre Tranchard die einzelnen Fortsetzungen der in Frankreich seit 1980 in verschiedenen Comiczeitschriften laufenden Serie, die sich vorgenommen hat, ein Gegengewicht zum überstrapazierten Genre der "Western" zu bilden, um Jahre 1870 an spielen zu lassen. Sie entschieden sich aber dann für einen späteren Termin, 1895, um so "den Anfang vom Ende des Zarenreiches" besser einfangen zu können.



Hintergrund der einzelnen Abenteuer des Gespanns Bastos, ein quirliger Franzose, und Zakusky, sein behäbiger sibirischer Freund, bildet das vorrevolutionäre Rußland mit der allmählich schwindenden Macht der zaristischen Despotie und einer fiktiven Truppe "Roter Kosaken", die als Aufständische in den Weiten Sibiriens den zaristischen Polizeibütteln das Leben schwer machen. Bastos ist ein Dieb, besser ein Fassadenkletterer. Auf einem seiner Gänge über die Dächer von Paris kreist ihn die Polizei ein und nur Dank der Hilfe eines russischen Exilanten gelingt ihm die Flucht. Dafür muß er sich revanchieren und erhält den Auftrag, einen Koffer nach Moskau zu transportieren. In diesem

befindet sich ein Säbel, der "Goldwert" ist. Er ist nämlich sozusagen das Freiheitssymbol für die in Rußland kämpfenden Rebellen. Ursprünglich die Waffe des Kosakenchefs Jermak, der im 16. Jahrhundert Sibirien eroberte, gilt dieser Säbel den Völkern Sibiriens - Kirgisen, Jakuten, Ewenken, Negidalzen, Somojeden u.a. - als Signal für die Revolte gegen die zaristische Zentralmacht und als Zeichen der Einigung.

Wer die Waffe besitzt, dem leisten die unterdrückten sibirischen Völkerschaften Gefolgschaft. Deshalb kämpft die zaristische Geheimpolizei

unter Führung von Oberst Kolbak mit allen Mitteln darum, diese Waffe in ihren Besitz zu bringen, um die für den Zarenstaat gefährliche Verbrüderung in Sibirien zu vereiteln. Bastos und der köstliche Zakusky, der dem Franzosen immer wieder erklären muß, daß er kein Eskimo, kein "Joghurte und Babulutscher" ist, sondern vom Volke der Samojeden abstammt, geraten bei dem Versuch, die Waffe den "Roten Kosaken" zuzuspielen, von einer Gefahr in die andere. Mal sitzen sie in den Kerkern von Oberst Kolbak ein, können aber wieder entfliehen, dann stehen sie bereits vor einem Exekutionskommando, werden aber in letzter Sekunde von Aufständigen. Schließlich werden sie von Kopfgeldjägern gefangen genommen und an ein sibirisches Straflager mit brutalen Wachmannschaften, Stacheldrahtumzäunung und einem Bergwerk, wo sich die Gefangenen halb zu Tode schufteln müssen, ausgeliefert. Der zweite Band "Die weiße

Comic-Börse



Hölle von Kartoga" (Titel des 1. Bandes: "Auf der Flucht") endet mit einer turbulenten Fluchtszene aus diesem



Lager, wobei es fast in die Luft gesprengt wird. Im 3. Band "Der Finger des Zaren" befreien unsere Helden eine Tänzerin aus der Gewalt mongolischer Räuber und geraten, da diese anscheinend ein Liebchen des Zaren ist, an den Zarenhof. Mit diesem Hof hat es indes eine Beson-



derheit: Nikolaus II. ließ ihn aufgrund eines Spleens mitten in Sibirien errichten und hier schufteten unter Drogen gesetzte Lakaien für ihn. Den Schwindel dieser Scheinwelt vermag der mitgereiste Anarchist Prof. Nikolaus Lakonik aufzudecken, woraufhin es zu einer handfesten Schlägerei mit dem Zar kommt. Zu guter Letzt kann das Trio erneut fliehen und macht sich auf die Suche nach den "Roten Kosaken". Inzwischen jedoch sind Zweifel an der revolutionären Integrität dieser Truppe wach geworden, da Überfälle und Plünderungen, die ihnen ihr zugeschrieben werden, dem Zar allzu offensichtlich in Konzept passen. Die folgenden Bände geben Aufschluß ...

Der Osten im Comic ist eine ganz große Seltenheit in diesem Genre und tauchte bisher nur vereinzelt auf, z.B. in der sexistisch aufgemachten Figur des Undergroundcomics "Oktobriana" oder dem von Hugo Pratt gezeichneten Band "Corto Maltese in Sibirien". Wenn daher Alben mit besagtem Stoff vorgelegt werden, die neben dem erwünschten Unterhaltungswert auch eine solide Menge an nachdenkenswertem Politmaterial, Geschichtlichem und Aufklärerischem aufweisen, handelt es sich auf jeden Fall um eine Bereicherung dieser Literaturgattung und des Horizontes, den sie eröffnet. Die Eigenwerbung des Verlages, daß nämlich diese "Serie das Zeug hat, sich neben den Klassikern ihres Genres zu behaupten", mutet fast bescheiden an. Bastos und Zakusky sind ein königlicher Lesespaß! Comicfreunde, Zarismusgegner und Liebhaber der neuen Kurse unter Gorbi sollten deshalb sofort zuschlagen und im nächsten linken Buchladen oder beim Comichändler die Bände bestellen.

Gerald Munier

METROPOLIS

Der HO-Laden in tendenz

Hamburg kommt - sie auch?

Für das zweite Halbjahr viel vorgenommen haben sich die Hamburger Jungdemokraten. "I've seen sex, and I think it's alright" ist der Arbeitstitel einer Kampagne zum Thema Sexualität, die in einem Seminar am kuschelig-geilen dritten Advent enden soll. Die immer noch fehlende erotisierende Wirkung marxistischer Ideen wollen wir mit Jugendgruppen aus dem Norden der DDR auch auf einem Seminar diskutieren. Weitere Seminarideen sind Frauenrhetorik und SchülerInnenzeitungsarbeit. Der Desinformationsdienst der Hamburger Jungdemokraten, der bisher "Radikal" hieß, mußte sich auf Druck der Basis umbenennen: "Radikarla" heißt das Teil nun.

Zu der Zusammenarbeit mit DDR-Jugendverbänden hat der BHA unter anderem beschlossen eine Broschüre zu erstellen, in der unsere Gliederungen Angebote für konkrete gemeinsame Projekte machen sollen. Falls Ihr also schon immer ein gemeinsames Seminar, ein Flugblatt, eine Veranstaltung oder eine Broschüre mit einer DDR-Jugendgruppe machen wolltet, meldet Euch umgehend in der BGS.

Sammelsurium- Seminar

Der Landesverband West-Berlin macht Anfang bis Mitte Oktober 1990 ein einwöchiges Seminar. Es wird irgendwo in der wunderschönen Umgebung Berlins stattfinden und u.a. die Themen Drogen, Israel, Sicher-

heitsdienste, PDS und Sozialismusdebatte und Bundesverband. Kosten wird der ganze Spaß 50,-DM für eine Woche Unterkunft, Verpflegung und Programm. Nähere Infos und den genauen Termin gibt's beim Landesverband Berlin, Bülowstr. 65, 1000 West-Berlin, Telefon 030/2162346.

Sensationell! Hier in METROPOLIS der einzige und authentische Beschluß der Jungdemokraten-Bundesdelegiertenkonferenz '90 zum Anschluß der DDR, dem neuen deutschen Großmachtstreben, Nationalismus etc:

Resolution zur angestrebten Vereinigung von BRD und DDR

beschlossen auf der BDK 1990

Wir Jungdemokraten begrüßen die anstehende Vereinigung von BRD und DDR. Dadurch gibt es die historische Chance, die staatlichen Grenzen der kulturell-sprachlichen Wirklichkeit anzupassen.

Ein deutscher Staat wäre dabei hinderlich.

Die kulturellen Unterschiede zwischen Norddeutschland und Süddeutschland sind zu groß, als daß längerfristig eine staatliche Einheit möglich und wünschenswert wäre.

Deswegen fordern die Jungdemokratinnen und Jungdemokraten in Ost und West:

Die Gründung zweier deutscher Staaten, nämlich:

- Norddeutschlands, bestehend aus den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Mecklenburg und Brandenburg
- Süddeutschlands, bestehend aus den Ländern Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen.

Nordrhein-Westfalen wird alle zehn Jahre an den meistbietenden angrenzenden ausländischen Staat zur Nutzung versteigert, der Gewinn zwischen Nord und Süd redlich geteilt.

Das Saarland wird zwecks Störung des gutnachbarlichen Verhältnisses an Frankreich verliehen.

Die zukünftige Gestaltung der beiden Gemeinwesen obliegt den beiden Staatsvölkern.

Dennoch ein paar Vorschläge für die Zukunft, die natürlich nicht dogmatisch zu behandeln sind: Hauptstädte sind Ermden (Nord) und Passau (Süd).

Als Staatspräsidenten würden wir Otto Waalkes (Nord) und Reinhold Messner (Süd) vorschlagen.

Norddeutschland sollte als Beobachter dem Warschauer Pakt beitreten, Süddeutschland der OAS (Organisation Afrikanischer Staaten).

Und noch'n Reader ...

aber ein empfehlenswerter! Die Berliner Jungdemokraten haben dankenswerterweise einen Reader zu den Themen "multikulturelle Gesellschaft" erstellt, der eine Reihe aktueller Quellentexte beinhaltet. Gram-

matikfehler würde meine freundliche Doitschlehrerin bemerkt haben: "zu den Themen" (=Plural) "multikulturelle Gesellschaft" (=Singular). Formal hätte sie sicherlich Recht, inhaltlich aber dick danebengegriffen. Texte angefangen von Heiner Geissler (sogenannter CDU-Linker), über die durch unsere letzte Bundeskonferenz vorgenommene Standortbestimmung zu den Themen, bis hin zum "multikulturellen Nichts", von Bodo Schulz in der Links veröffentlicht, zeigen, daß viele Multikulturelle den gleichen Begriff für völlig unterschiedliche Inhalte verwenden. Für alle also, die sich an der Diskussion um das Einwanderungsland Großdeutschland mit seiner Reichshauptstadt in spe Berlin und den Konsequenzen für ein multikulturelle Miteinander, die Bewahrung kultureller Identitäten innerhalb dieses Miteinanders, nicht vorbeistehlen wollen, eignen sich die unterschiedlichen Positionsbeschreibungen des Readers allemal als Einführung. Die Anzeige der Berlitz-Sprachschule mit Werbung für einen "Fremdsprachlichen Wirtschaftsassistenten" rundet das Selbstbildnis unseres "radikalliberalen" West-Berliner Landesverbandes sicherlich ab, ist aber leider (weil auf der Umschlaginnenseite) nicht ohne Verlust von Inhaltsverzeichnis und Adressenliste entfernbar. Eine geschicktere Platzierung wäre empfehlenswert, meint der allemal durch den sonstigen Inhalt entschädigte Schreiber dieser Zeilen.

Udo Schüklenk

Der Reader ist erhältlich beim Landesverband Berlin, Bülowstr. 65, 1 West-Berlin 30.

JungdemokratInnen-Seminare im Herbst

August

- 11.-12.8.1990: *AntiFaseminar in NRW*
 17.-18.8.1990: *Marxismusseminar in NRW*

September

- 1.-2.9.1990: *Schwulenseminar in NRW*
 7.-9.9.1990: *Soziale Verteidigung - Seminar in RLP*
 07.-09.9.1990: *Parlamentarismuskritik und Demokratiebegriff - Seminar in Bayern*
 14.-16.9.1990: *Schülerinnenkongreß in NRW*
 18.-19.9.1990: *SchülerInnenzeitungsworkshop in Hamburg*
 18.-20.9.1990: *SV-Seminar in NRW*
 19.-20.9.1990: *SchülerInnenSeminar in Bremen*
 28.-30.9.1990: *Wendoseminar in Niedersachsen*
 29.-30.9.1990: *Umweltschutzseminar in NRW*

Oktober

- 5.-7.10.1990: *Grundsatzseminar in Berlin (DDR)*
 6.-7.10.1990: *SV-Seminar in Niedersachsen*
 08.-12.10.1990: *Marxismuswoche in NRW*
 12.-14.10.1990: *Rhetorikseminar in NRW*
 13.-14.10.1990: *SV-Seminar in Niedersachsen*
 13.-14.10.1990: *Männergewalt - Seminar in Niedersachsen*
 19.-21.10.1990: *Frauenrhetorikseminar in NRW*
 20.-21.10.1990: *SV-Seminar in Niedersachsen*
 26.-28.10.1990: *Verkehrspolitikseminar in Bremen*

November

- 2.-4.11.1990: *AntiFaseminar in NRW*
 9.-11.11.1990: *Jugendpolitischer Kongreß in Niedersachsen*
 16.-18.11.1990: *Frauenpolitikseminar in Bremen*
 16.-18.11.1990: *Ökologieseminar in Niedersachsen*
 17.-18.11.1990: *Proletarische Bewegung - Seminar in NRW*
 17.-18.11.1990: *Sexuelle Gewalt - Seminar in NRW*
 23.-25.11.1990: *AntiFaseminar in Bremen*

Dezember

- 7.-9.12.1990: *New-Age-Seminar in Bremen*
 14.-16.12.1990: *Sexualität - Seminar in Hamburg*
 14.-16.12.1990: *Frauen im Neofaschismus - Seminar in Niedersachsen*
 15.-16.12.1990: *Junge GRÜNE KommunalpolitikerInnen - Seminar in NRW*

Ohne Termin, aber im Herbst:

- Gewaltfreiheit - ein Seminar in Bayern*
Öffentlichkeitsarbeit - ein Seminar in Bayern
Schülerinnenseminar in Baden-Württemberg
Marxismus - ein Seminar in Hamburg
Geschichte der Jungdemokraten - ein Seminar in Hessen
Frauenrhetorik - ein Seminar in Hamburg

Infos über die jeweiligen Seminare gibt's bei den angegebenen Landesverbände. Die Adressen findet Ihr in *tendenz*.

A d r e s s e n

Bundesvorstand:

Markus Büchting
 Am Stiftswingert 8
 6500 Mainz
 06131 / 83 43 74
 (Bundesvorsitz)

Patrick Donges
 Koldingstr. 2
 2000 Hamburg 50
 040 / 8 50 04 90
 (Kom. Schatzmeister)

Juliane Hilbricht
 Brunnenstr. 76B
 4018 Langenfeld
 02173 / 1 85 09
 (Kommunikation, Frauen, "LIB")

Herbert Nieswandt
 Vestische Str. 3
 4200 Oberhausen 12
 0208 / 89 21 46
 (*tendenz*, BGS)

Udo Schüklenk
 Birkenstr. 18
 4355 Waltrop
 02309 / 7 56 46
 (Materialien, *tendenz*)

Axel Willius
 Eibenweg
 6500 Mainz
 06131 / 33 11 28
 (Anzeigen für *tendenz*)

Bundesgeschäftsstelle:

Jungdemokraten
 Reuterstr. 44
 5300 Bonn 1
 0228 / 21 09 52

Bürozeiten:
 Montags bis Freitags
 11.30 bis 16.00 Uhr

Landesverbände:

Jungdemokraten
 Baden - Württemberg
 Egonstr. 54
 7800 Freiburg

JungdemokratInnen
 Bayern
 Habsburgerstr. 15
 8500 München

Jungdemokraten
 Berlin
 Bülowstr.65
 1000 Berlin 30
 030 / 2 16 23 46

JungdemokratInnen
 Bremen
 Hemelinger - Bahnhofstr. 43
 2800 Bremen
 0421 / 45 21 91

Jungdemokraten
 Hamburg
 Schmarje Str. 41
 2000 Hamburg 50
 040 / 3 89 21 22

Jungdemokraten
 Hessen
 c/o Jürgen Bast
 Ludwig-Landmann-Str. 343
 6000 Frankfurt 90
 069 / 7 07 46 33

JungdemokratInnen
 Niedersachsen
 Borriestr. 28
 3000 Hannover 81
 0511 / 8 38 71 77

JungdemokratInnen
 Nordrhein-Westfalen
 Kieler Str. 29c
 5600 Wuppertal
 0202 / 4 93 83 54

Jungdemokraten
 Rheinland-Pfalz/Saar
 Postfach 1423
 6500 Mainz
 06131 / 23 59 14

Jungdemokraten
 Schleswig - Holstein
 c/o Achim Berge
 Jütlandring 127
 2300 Kiel 1

BHA-Präsidium:

Dagmar Dehmer
Johannesgasse 3
7800 Freiburg
0761 / 55 20 59
(BHA-Präsidentin)

Uschi Kollenbach
Ulmenstr. 11
5042 Ertstadt
02235 / 7 22 27
(Stellvertreterin)

Malte Krückels
Stiepelerstr. 71a
4630 Bochum
0234 / 7 47 82
(Stellvertreter)



Reisen bildet ...

So oder so ähnlich fing 'mal eine Information über anstehende internationale Delegationen an, die unser seinerzeitiger "Internationaler" im Bundesvorstand als Flug erstellt hat. Und welcheR hätte schon was gegen Bildung einzuwenden, wenn die auch noch Spaß macht und dazu führt, neue interessante Leute und Länder kennenzulernen. Wir bringen deshalb in dieser und den nächsten TENDENZ-Ausgaben Übersichten über die anstehenden internationalen Delegationen der JungdemokratInnen. WelcheR mehr Infos haben möchte wende sich bitte direkt an die JD-Bundesgeschäftsstelle, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, 0228-210952. Übrigens gibt's dort auch für alle, die's gerne haben möchten, mehrmals jährlich kostenlos und unverbindlich Falblätter mit den updates in Sachen Delegationen.

15. - 22. August 1990 - Alma Ata

Alma-Ata, Hauptstadt der Sowjetrepublik Kasachstan, liegt in Mittelasien, nahe der sowjetisch-chinesischen Grenze. Wie leben, jenseits schlagzeilenträchtiger Auseinandersetzungen, die verschiedenen Nationalitäten in der Sowjetunion zusammen? Hat der Vielvölkerstaat noch eine Zukunft? Gemeinsam mit informellen Gruppen von Next Stop werden sich JungdemokratInnen und andere interessierte Leute mit diesem Thema beschäftigen.

30. August - 08. September 1990 - Kiew and surrounding

Der Gegenbesuch zur letztjährig gemeinsam durchgeführten Friedenswoche in der Bundesrepublik wird nach Kiew führen, wo die TeilnehmerInnen sich in kleinen Gruppen über die ganze Ukraine verteilen sollen und so ausreichend Gelegenheit erhalten, Land und Leute kennenzulernen. Auch aktuelle Fragen der Friedenssicherung im sich gerade neuordnenden Europa - auch vor dem Hintergrund des allerorten aufkeimenden Nationalismus - stehen selbstredend auf der Tagesordnung.

17. - 23. September 1990 - Polen

Fast sprichwörtlich ist die ökonomische Krise Polens. Die neue Regierung versucht, sie mit einer Roßkur zu meistern. Doch wie steht es um die erforderlichen sozialen Sicherungsmechanismen bestellt? Hinterließen vier Jahrzehnte sog. "Sozialismus" bewahrenswertes oder ist im sich abzeichnenden Übergang zum Kapitalismus ein System sozialer Absicherung erkennbar? Wie

überleben dort Menschen mit 30,- - 34,- DM Monatseinkommen? - Den genauen Ort der Delegation erfahren wir in Kürze.

14. - 21. Oktober 1990 - Prag

Kein Thema ist auch ein Thema, dachten sich die OrganisatorInnen dieser Maßnahme und nannten sie schlicht "aktuelles", wohl richtig vermutend, daß sich gegenwärtig so vieles in Osteuropa tut, daß eigentlich besonders anregende "Überschriften" überflüssig sind. Nun ja, welcheR näheres wissen möchte, wende sich eben an die Bonner Geschäftsstelle

13. - 18. Oktober 1990 - Utrecht

Ein neuer Partner ist die Pazifistisch-Sozialistische Jongerengroup (PSJG) aus den Niederlanden. Diese Jugendorganisation der traditionsreichen kleinen linken Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP) wollen mit uns das Thema "politisches Bewußtsein" erörtern, z.B. 'rauskriegen, warum sich welche Jugendlichen wie (und v.a. wo) politisch engagieren. Auf jeden Fall, dafür steht die PSJG allemal gerade, wird's ein ausgefallenes Programm geben.

14. - 21. Oktober 1990 - Moskau

Eigentlich eine Veranstaltung für Leute aus dem SchülerInnen- und Jugendzeitschriftenbereich, diese Maßnahme. Zusammen mit KollegInnen von der schreibenden Moskauer Zunft soll die alternative und informelle Moskauer "Medien"landschaft genauer unter die Lupe genommen werden. Mag sein, daß mensch einiges voneinander abgucken kann.

29. Oktober - 04. November 1990 - Amsterdam

Wieder 'mal ein Ausflug in die vielgepriesene Stadt der Kiffer und Denker. Trotzdem nicht das naheliegende Thema. Mit Ökologie wollen wir uns auf diesem Seminar mit unserem alten Partner Jonge Democraten beschäftigen. Eher größere politische Meinungsunterschiede, versprechen, wie in den vergangenen Jahren schon, Zündstoff für so manch spannende Diskussion...

Ansonsten gibt's noch so mancherlei unter "diverses", wo die Termine oder Themen noch nicht exakt feststehen, so z.B. hinsichtlich geplanter Delegationen nach Ungarn, Rumänien und Israel. Nachfragen lohnt also!

**WER GLAUBT,
ER KÖNNE ES
BESSER, DER WERFE
DEN ERSTEN STEIN!!**

